

16. März 1995
Nr. 323

2,50 DM

auswärts
3 DM

Hallo!

Während sich die einen von der Analyse zur Politik bewegen, kommen andere schon mal zur Praxis: Aufrufe zu Aktionen gegen den Klimagipfel und zum 8. Mai findet ihr in dieser Ausgabe. Für alle denen es mit dem autonomen Kongreß zu langsam anläuft, oder die eh schon vorher alles besser wußten, haben wir einen Bericht über den Kongreß reingenommen (S. 26). Da steht wie`s war. Außerdem haben wir gehört, daß es in der Kantine des Kreuzberger Sozialamts Freibier gibt, wegen Kaisers Geburtstag (S.16)...

Inhalt



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner

Brief aus Wriezen

Spitzeltätigkeit vom MfS gegen Greenpeace und alternative Gruppen

Brandanschläge auf türkische Einrichtungen

Menschen nicht verletzt / Trauermarsch durch Kreuzberg

Berlin/Hamburg. mm In Berlin und weiteren deutschen Städten sind in der Nacht zu gestern Brandanschläge auf türkische Einrichtungen verübt worden.

Die Polizei geht davon aus, daß die Anschläge im Zusammenhang mit den blutigen Auseinandersetzungen in der Türkei stehen. Menschen wurden nicht verletzt.

Ein Reisebüro im Berliner Bezirk Wedding brannte völlig aus, die anderen vier Brandsätze zündeten nicht. In Duisburg und in Lünen bei Dortmund konnten Brandsätze von den Betreibern schnell gelöscht werden. Einen nicht gezündeten Brandsatz fand die Polizei bei einer Moschee in Hamburg.

Vor dem türkischen Generalkonsulat in Berlin haben gestern vormittag Vertreter des alewitischen Kulturzentrums der Getöteten gedacht, die bei den Unruhen in Istanbul umgekommen sind. Mit einem Trauermarsch durch den Bezirk Kreuzberg gedachten am späten Nachmittag mehrere tausend Alewiten der Getöteten.

Vollversammlung - Demo - Fahrradkorso

Smash the UN climate summit

Wenn das mal so einfach ginge!

Der Widerstand 1988 gegen die IWF-Tagung in Berlin immer noch als verklärtes Bild vor Augen, wird uns dieses Mal nicht in sozialimperialistischer, dafür in ökoimperialistischer Manier eine kostspielige (und höchst unökologische - ahem) Farce in Form des Klimagipfels in dieser Stadt präsentiert. Die offizielle Seite verdeckt diese Farce noch nicht einmal mehr, die Realität übertrifft jegliche Satire. Aufklärung über ihre politische Unwilligkeit, über die maßlose Arroganz und Ausbeutungswillen (bestes Beispiel: joint implementation[1]) der Industriestaaten gegenüber dem Trikont ist nicht mehr vonnöten, es ist so offensichtlich. Gab es bei der IWF-Tagung noch jahrelange Vorbereitungen und Diskussionen - bei der Linksradikalen wie auch bei den Reformern - so ist der Klimagipfel für einen ganz kleinen Teil der Linksradikalen erst seit ein paar Wochen Thema. Anders bei den Reformern Da gab es 1993 das erste Vorbereitungstrefen von NGO's [2]. Das BMZ [3] finanziert 40 Organisationen. Von den Herrschenden war das erklärte Ziel, soziale Bewegungen von vornherein mit einzubinden und zu kanalisieren. Das lief auf dem Weltsozialgipfel schon so, und der Klimagipfel ist nur die Fortführung. Laut Umweltstaatssekretär Wicke sind die Umweltorganisationen auch seine Verbündete, nicht seine KritikerInnen.[4]

Es geht hier nicht um das Bejammern, sondern um das Feststellen von sehr großen Unterschieden zwischen der Situation heute beim Klimagipfel und damals bei der IWF-Tagung:

- offensichtliche Farce seitens der Herrschenden
- von vornherein kanalisierter Protest- und Widerstand
- keine linksradikalen Positionen geschweige denn Verhalten.

Nur auf die Berliner Kontinuität ist noch Verlaß. Für den Senat ist der Klimagipfel wie schon die Olympiabewerbung eine "herausragende Veranstaltung, die die Stadt in den Blickpunkt der nationalen und internationalen Öffentlichkeit stellt. Diese Möglichkeit muß Berlin nutzen. Hier treffen sich die Ziele der Stadt Berlin und der Berlin Partner." (Zitat aus einer Pressemitteilung von 'Berlin Partner')

Zum besseren Verständnis - die Berlin Partner GmbH ist die Nachfolgeorganisation der Berlin 2000 Marketing GmbH, die für Sponsoren zuständig war. Es sind wieder fast dieselben Gesellschafter wie z.B. Daimler Benz, Lufthansa, Grundkreditbank, Siemens, Radio 100,6 usw. Die Sponsoren wollen dieses Mal allerdings nicht in den Zusammenhang mit der nächsten Pleite gebracht werden, so daß der Senat auf Spektakuläres wegen Geldmangel in seinem Rahmenprogramm verzichten muß.

Einzig und allein die Programmpunkte der Netzwerke und NGO's retten das Begleitprogramm zum Gipfel des Senats vor der völligen Peinlichkeit. Hartwig Berger (Sprecher Bündnis 90/Grüne) meinte dazu: „Nehmen wir nicht hin, daß Berlin ab April'95 mit dem Makel eines gescheiterten Klimagipfels behaftet sein wird." Die haben vielleicht Sorgen!

Der Senat kündigt ebenso ein fortschrittliches Energiekonzept als Beitrag an, 'vergaß' aber völlig, die entsprechenden Posten im Haushaltsetat mit aufzunehmen.

Was betrifft uns das alles?

Es ist alles wie schon gesagt eine offensichtliche Schweinerei, der Senat stolpert wieder mal zusammen mit Partner für Berlin über seine eigenen Füße. Wozu sollen wir uns die Füße ausreißen und Zucker im Tank spielen?

Der Weltsozialgipfel in Kopenhagen war ein ähnliches Kaliber. Um so mehr haben wir uns gefreut, hier und da versteckte Meldungen zu erheischen, die besagten, daß es wohl auch da zu Protest- und Widerstandsaktionen kam.

Wir sind anscheinend die unverbesserlichen linksradikalen SpinnerInnen, die solch eine Gelegenheit, die Weltöffentlichkeit in diesen Tagen erreichen zu können und das Hauptstadtimage u.a. etwas zu beschmutzen, nicht entgehen lassen wollen. Und die halt immer noch nicht damit einverstanden sind, daß hier eine befriedete, für die Reichen prosperierende Stadt der Weltöffentlichkeit vorgeführt werden soll.

Und zu allerletzt: auch wenn apokalyptische Visionen vom Ökogau eher abtömen, sind wir nach wie vor nicht Willens, der Ausbeutung und Untertanmachung von Mensch und Natur hinzunehmen, v.a. auch was die Gen- und Atomtechnologie anbetrifft.

Wir fänden es gut, wenn diese Themen bei uns Linksradikalen als Selbstverständlichkeit wieder einkehr finden würden - nicht als Anspruch, sonder als Bedürfnis.

Wir wollen zu diesem Komplex am **24.3. um 20°° eine Vollversammlung** einberufen
Ort: Mehringhof Gneisenaustr. 2a Versammlungsraum

Desweiteren wird es am Samstag **1.4. eine Gipfelgegendemo** geben, bei der es auf jeden Fall den gelben Lautsprecherwagen geben wird, an dem viele sich treffen können.

Und am Donnerstag, den **6.4. wird es einen Fahrradkorso** vom Nollendorfplatz zum ICC als Gipfelgegenaktion geben.

P.S: nochmal zur Information: am 28.3. landen die ca. 3000 GipfelteilnehmerInnen aus Regierungskreisen auf dem Flughafen Tegel. Zwischen dem 5.-7. April gesellen sich noch einige Staatschefs dazu. Vor den großen Hotels wie das Grand Hotel Esplanade und vor Vergnügungseinrichtungen wie Opern, Schauspielhäuser wird es immer wieder genügend Gelegenheiten geben, Meinungsäußerungen kund zu tun.

AØK

[1] joint implementation bedeutet quasi ein 'Ablaßhandel der Industrienationen mit dem Trikont, indem sie Umwelttechnologien dorthin exportieren, um als Gegenleistung ihre Schadstoffemissionen im eigenen Land weniger reduzieren zu müssen.
[2] NGO - Nicht-Regierungs-Organisationen wie z.B. BUND, Greenpeace, Robin Wood,...
[3] BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
[4] siehe taz Interview Berlinteil vom 11.3.95

4

Für eine autonome Demo am 8.Mai

gegen die Rekonstruktion einer deutschen Identität

In der herrschenden Geschichtsschreibung wird behauptet, daß die Weimarer Republik deswegen gescheitert sei, weil sie von links wie rechts bekämpft wurde. Diese Lüge, die immer wieder auf neue gepredigt wird, dient dazu, auch heute jeden entschiedeneren Widerstand gegen die faschistische Formierung zu bekämpfen. Vor über 60 Jahren hatten die Vertreter der Weimarer Demokratie die Nationalsozialisten bereitwillig gewähren lassen, während sie den antifaschistischen Widerstand mit allen Mitteln kriminalisierten. Auch heute würden die VertreterInnen des „demokratischen Deutschlands" wieder gerne ungestört mit Nazi-IdeologInnen zusammenarbeiten. Die Versuche von „liberalen Faschisten", aus der FDP eine rechtsextreme Partei á la FPÖ zu machen, zeigen, daß die Neue Rechte in Zusammenarbeit mit etablierten demokratischen Kräften noch lange nicht alle ihre Mittel ausgeschöpft hat, um eine faschistische Massenbewegung wiederzubeleben.

Wenn es am 8.Mai den VertreterInnen der etablierten Parteien darum geht, sich in einer pompösen Medieninszenierung als „demokratische AntifaschistInnen" zu präsentieren, während sie an anderer Stelle FaschistInnen hoffähig machen, dann kann unsere Antwort nur sein, ihnen kräftig in die Suppe zu spucken. Überlassen wir das Gedenken an die Schrecken und den Terror des Dritten Reichs nicht denjenigen, die fleißig daran arbeiten, die Neue Rechte zu einer „ernstzunehmenden" politischen Kraft zu machen, während sie den antifaschistischen Widerstand als „kriminelle Vereinigung" bekämpfen.

Am 8.Mai ist es das Interesse der Bundesregierung und der VertreterInnen der etablierten Parteien, den Faschismus als ein historisches Ereignis herauszustellen, das von seinen Ursachen und Absichten abgetrennt wird. Die Schrecken und der Terror des NS-Systems werden in der offiziellen Geschichtsschreibung zwar nicht in Abrede gestellt. Um aber unterschwellige Kontinuitäten zu verbergen, wird über die politischen Ziele, die die Grundlage der nationalsozialistischen Massenmordpolitik waren, der Mantel des Schweigens gehüllt. Das NS-System ist nicht aus dem Nichts entstanden und steht in einem eindeutigen Zusammenhang mit der Politik, die von „demokratischen" Parteien und von Interessengruppen in der Bevölkerung der Weimarer Republik vertreten worden ist. Die völkische Politik, der Antisemitismus, die Eugenik, die imperialistische Außenpolitik, der repressive Herrschaftsapparat, der Männlichkeitskult, all das sind keine Erfindungen des NS-Systems, sondern haben einen Vorlauf, der weit in die deutsche Geschichte zurückreicht.

Die Einzigartigkeit des Holocausts darf nicht über die Gewöhnlichkeit der Grundlage hinwegtäuschen, auf die das Programm zur industriellen Vernichtung von Menschen aufbauen konnte. Deswegen ist es wichtig, beim Gedenken an den Holocaust nicht dabei stehenzubleiben, festzustellen, daß die Massenmordpolitik der Nationalsozialisten in der Geschichte ohne Beispiel ist. Genauso wichtig ist es, deutlich herauszustellen, welche „gewöhnliche" Politik im Holocaust ihre Zuspitzung gefunden hat.

In der herrschenden Sichtweise des Nationalsozialismus wird nicht nur so getan, als sei es nach dem 8.Mai 1945 möglich gewesen, zum „business as usual" überzugehen, so als wäre nichts geschehen. Ebenso wird versucht, die deutsche Geschichte bis 1933 zu benutzen, um eine nationale Identität wiederherzustellen, die durch Auschwitz bedroht schien. In diesem Zusammenhang kommt dem 8.Mai 1995 eine besondere Bedeutung zu. Denn an diesem Tag kann es den Herrschenden gelingen, nicht trotz, sondern mittels des Gedenkens an Auschwitz zur Tagesordnung überzugehen. Indem sie international ihre Reue zur Schau stellen, gelingt es ihnen, das Bild eines geläuterten Deutschlands in Szene zu setzen. Doch die Visionen der Nationalsozialisten von einer deutschen Vorherrschaft in Europa, von einem reindeutschen Deutschland, von deutschen Siedlungsgebieten im Osten, von genetischer Auslese und von Zucht und Ordnung sind mit dem 8.Mai 1945 nicht besiegt worden, sondern existieren in moderaterer Form bis heute weiter. Einige dieser Visionen erleben seit kurzem eine erstaunliche Renaissance.

Wenn sich 50 Jahre nach Kriegsende just diejenigen an die Spitze des Gedenkens stellen, die für diese Kontinuitäten verantwortlich sind, um die TäterInnenschaft von Deutschen im Nationalsozialismus zu relativieren, dann ist Widerstand notwendig. Dieser Widerstand darf nicht allein beim Gedenken an die Schrecken der NS-Massenmordpolitik stehenbleiben, sondern sollte in erster Linie auf den Fortbestand der antisemitischen, sexistischen, völkischen und rassistischen Politik im Deutschland nach 1945 hinweisen. Wir fordern alle Gruppen auf, die an einem solchen Widerstand interessiert sind, sich Gedanken über die Gestaltung des 8.Mai's zu machen. Eine offensive Demo an diesem Tag zu veranstalten, die bewußt die politische Konfrontation mit den offiziellen Siegesfeierlichkeiten sucht, indem sie dort Kontinuitäten herausstellt, wo die Herrschenden Schlußstriche ziehen wollen, wäre die richtige Antwort auf diese Heuchelveranstaltung.

Wann anderes, als an diesem Tag, kann es so gut gelingen, unseren Protest gegen die Geschichtsverfälscher in die Öffentlichkeit zu tragen? Wann anders ist es uns auf so prägnante Weise möglich, die Linien aufzuzeigen, die das NS-System mit der Bonner und Berliner Republik verbinden?

Die Veranstaltungen am 7.Mai werden die Aufgabe haben, den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken und Zeitzeugen sprechen zu lassen. Dieses Gedenken sollte nicht mit der politischen Konfrontation vermischt werden, die unserer Vorstellung von einer Demonstration entspräche. Außerdem haben wir die Befürchtung, daß unsere Inhalte innerhalb einer großen Bündnisaktion nicht erkennbar sein würden. Letztendlich halten wir es auch für falsch, uns in unseren Aktionen an parlamentarischen Gruppen zu orientieren.

EINIGE AUTONOME ■

Archiv 92 * Kampagne »Mumia Abu-Jamal« * Postfach 150323 * 28093 Bremen * Fax: 0421/353918

»Freedom Now!«

Bulletin No. 6 – 1. März 1995

Für die Abschaffung der Todesstrafe. Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal

Die Situation von Mumia Abu-Jamal hat sich dramatisch verschärft

»Und so, wie ich in der Vergangenheit gekämpft habe, werde ich es auch in Zukunft tun!«

Die Situation des zum Tode verurteilten afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal hat sich dramatisch verschärft.

Anfang 1995 wurde Jamal aus dem Gefängnis in Huntingdon in einen Sonderknast für Todesstrafengefangene im ländlichen Greene County verlegt. Er hat täglich nur noch eine Stunde Hofgang; 23 Stunden am Tag verbringt er in Isolationshaft in seiner Zelle. Seine Besuchsregeln sind verschärft worden.

Außerdem ist nach unseren neuesten Informationen die Unterzeichnung von Jamals Hinrichtungsbefehl für diesen Monat zu erwarten. Der neue Gouverneur Pennsylvanias, Thomas Ridge, hat drei Wochen nach seiner Amtseinführung bekanntgegeben, daß er bald mit der Unterzeichnung von 60 Hinrichtungsbefehlen beginnen wird. Wir wissen, daß Jamals Name sich unter den ersten zehn auf der Exekutionsliste befindet. Insofern steht zu befürchten, daß seine Hinrichtung in nächster Zukunft angeordnet wird.

Len Weinglass, Jamals Anwalt, hat angekündigt, daß er in diesem Fall sofort den fast komplett vorbereiteten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens sowie einen Antrag auf Überprüfung des Strafmaßes einreichen wird. Beide sollen dazu dienen, die Hinrichtung so lange aufzuschieben, bis höchstinstanzlich über die Anträge entschieden worden ist. Gouverneur Ridge ist allerdings nach der geltenden Rechtsprechung nicht verpflichtet, so lange mit der Vollstreckung des Hinrichtungsbefehls zu warten, bis der zum Tode Verurteilte all seine juristischen Mittel ausgeschöpft hat.

Gouverneur Ridge muß nicht warten – er kann es aber tun, falls ihm das politisch sinnvoll oder geboten erscheint. Also liegt es an uns: Wir müssen nochmal versuchen, massiv auf die Verantwortlichen einzuwirken. Wir müssen ihnen klarmachen, daß ihr Handeln von der ganzen Welt beobachtet wird, daß es eine Unmenge von Menschen gibt, die sich für die Freilassung Mumia Abu-Jamals, für seinen Freispruch und für die generelle Abschaffung der Todesstrafe einsetzen. Wir dürfen nicht aufhören, aktiv zu sein: Wir müssen Gouverneur Ridge jetzt mit Unterschriftenlisten, mit Postkarten, mit Faxen eindecken, und wir müssen an Mumia Abu-Jamal schreiben, damit er um unsere Unterstützung weiß. Wir müssen Menschen und Organisationen in unserem Umkreis – Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Elternversammlungen, Stadtteilinitiativen etc. – über Jamals Fall, über seine Situation informieren, wir müssen versuchen, auch dort Unterstützung für ihn zu organisieren. Wir müssen Protestbriefe an die US-amerikanische Botschaft schreiben, Mahnwachen und Demonstrationen vor den US-amerikanischen Konsulaten in der BRD organisieren.

Und wenn es zur Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls kommen sollte – wir werden Euch/Sie darüber schnellstmöglich per Post informieren –, dann müssen wir noch mehr Druck ausüben. Wir können und dürfen nicht darauf hoffen, daß die US-Justiz von sich aus Mumia Abu-Jamal eine Chance gibt.

Und noch eine Bitte in eigener Sache: Wir brauchen dringend Geld, um Euch/Sie weiterhin über Mumia Abu Jamal zu informieren. Ein Bulletin wie dieses kostet alles in allem 2000 DM. Deswegen bitten wir Euch/Sie heute nachdrücklich um eine Spende auf das Sonderkonto »Kampagne«, von dem wir diese Kosten bestreiten.
Sonderkonto "Kampagne": Bank für Gemeinwirtschaft, Bremen; KTO: 100 587 76 02; BLZ: 290 101 11

Aus dem Todestrakt läßt Mumia Abu-Jamal einen Gruß an alle UnterstützerInnen in der BRD ausrichten:
Liebe FreundInnen, die Situation, mit der wir angesichts der schon existierenden und noch drohenden politischen Bedingungen konfrontiert sind, könnte entweder als sehr düster bezeichnet werden oder als eine Situation, die von großen Möglichkeiten geprägt ist. Wenn wir hart genug kämpfen, können wir dieser Herausforderung begegnen oder sie sogar überwinden. Ich selbst habe keine andere Wahl als zu kämpfen. Und so, wie ich in der Vergangenheit gekämpft habe, werde ich es auch in Zukunft tun. Ich lade Euch dazu ein, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Ein alter Genosse von den Panthers hat einmal gesagt: ›Repression erzeugt Widerstand.‹ Wir haben genug Repression. Laßt uns jetzt den Widerstand aufbauen."

Spenden für das Wiederaufnahmeverfahren:
Sonderkonto "Mumia Abu Jamal"; Bank für Gemeinwirtschaft, Bremen;
KTO: 100 587 76 01; BLZ: 290 101 11

Adressen:
Mumia Abu Jamal; AM-8335; SCI Greene; 1030 E. Roy Furman Highway; Waynesburg, PA 15370; USA
Governor of Pennsylvania Mr. Thomas Ridge; Main Capitol Building, Room 225; Harrisburg, PA 16652; USA; TEL: (001-717) 783 1198
FAX: (001-717) 783 1396
Botschaften der USA: 1.) Deichmanns Aue 2, 53179 Bonn, Tel.: 0228-3391;
2.) Neustädtische Kirchstr. 4-5, 10117 Berlin, Tel.: 030-8324087

Impressum: Archiv 92 (Hg.); Postfach 150323, 28093 Bremen

Letzte Nachrichten / 2. März 1995

Kurz vor Versenden des Bulletins No. 6 erreichten uns noch folgende Meldungen:

⇨ Am Dienstag, dem 28. 2.95, hat der Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, die ersten drei Hinrichtungsbefehle unterschrieben. Mumia Abu-Jamal ist davon zwar noch nicht betroffen, unter den drei Gefangenen, deren Todesurteile durch die Unterschrift des Gouverneurs nun nach Ablauf einer 30tägigen Frist jederzeit vollstreckt werden *können*, ist aber ein Gefangener, der nur wenige Monate länger als Jamal in der Todezelle ist. Da die Länge der Haft für die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls maßgeblich ist, könnte Jamal jetzt unter den nächsten Gefangenen sein.

⇨ Ein in den Städten Bingen, Mainz, Wiesbaden und Frankfurt gebildetes Unterstützungskomitee für Mumia Abu-Jamal ruft auf zu einer

regionalen Kundgebung für das Rhein-Main Gebiet:

Donnstag, 23. März 1995, 10.30 Uhr vor dem US-Konsulat Frankfurt

Dieses Unterstützungskomitee fordert alle anderen UnterstützerInnen im Bundesgebiet auf, möglichst gleichzeitig an diesem Tag vor US-Einrichtungen oder an anderen geeigneten Orten ebenfalls öffentliche Proteste durchzuführen.

Für Absprache und Nachfragen zu diesem Aktionstag an folgende Adresse wenden:
Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal
c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611/440664 (Di+Do 17-19 Uhr) * Fax 0611/302083 (Zusatz: "für USA-AG")

To
Governor Thomas Ridge
Main Capitol Building, Room 225
Harrisburg, PA 16652, USA
Fax 001-717-783-1396

Date:

Governor Ridge:

We urge you not to sign Mumia Abu-Jamal's death warrant, but to ensure him a fair retrial. We demand the commutation of his death sentence, and that he will be released on bail pending a new trial. He should be allowed to clear his name and resume his life as a committed journalist.
We demand the abolition of the death penalty!

Gouverneur Ridge, wir appellieren an Sie, den Hinrichtungsbefehl gegen Mumia Abu-Jamal nicht zu unterzeichnen, sondern ihm eine faire Wiederaufnahme des Verfahrens zu garantieren. Wir fordern die Umwandlung der gegen ihn verhängten Todesstrafe und seine Freilassung auf Kaution bis zu einem neuen Verfahren. Es sollte ihm zugestanden werden, seinen Ruf wiederherzustellen und auch weiterhin ein Leben als engagierter Journalist zu führen.
Wir fordern die Abschaffung der Todesstrafe!

Name/Profession/Beruf | Adresse | Signature/Unterschrift

(Original oder Kopie an: Kampagne Mumia Abu-Jamal, c/o Archiv '92, Postfach 150323, 28093 Bremen)

Autonomer Demonstrationsaufruf zum kurdischen Newroz-Fest

Das diesjährige kurdische Newroz-Fest, das eine politische Haltung zum Widerstand und zur Befreiung ausdrückt, soll sich auch diesmal vielerorts öffentlich manifestieren.
Bei diesem Berliner Demo-Aufruf, der speziell an das autonome, antiimperialistische und Frauen/Lesben-Spektrum addressiert ist - mit nachdrücklicher Aufforderung zur Demo-Teilnahme -, kann es nicht darum gehen, ein weiteres Mal die umfangreichen Unterstützungsleistungen und Stabilisierungsmaßnahmen der BRD für die Türkische Republik (TR) auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet darzustellen. Doch um der eigenen Verantwortung als BewohnerInnen der BRD mit deutschem Paß gerecht werden zu können, erscheint es notwendig, sich die Bedingungen und Verhältnisse, die den Hintergrund des kurdischen Befreiungskampfes bilden, immer wieder neu zu vergegenwärtigen - denn die Kenntnisnahme der Rahmenbedingungen des vornehmlich national - definierten Befreiungskampfes der KurdInnen ist Voraussetzung für eine (kritische) Beurteilung desselben.

Die Facts lassen sich schlaglichtartig zusammentragen: außenpolitisch stützt die BRD die TR, indem sie sich als größte Handelspartnerin des hochgradig verschuldeten türkischen Staates und Rüstungsexporteurin im Wert von Milliarden-Beiträgen auszeichnete. Daneben erfolgt der zielgerichtete Ausbau einiger südwestlicher Regionen der Türkei zu devisenträchtigen touristischen Zentren für streßgeplagte und rehabilitationsbedürftige MetropolenbewohnerInnen - insbesondere aus der BRD. Innenpolitisch offenbarte sich das repressive Vorgehen gegen kurdische Befreiungsorganisationen und der ihnen (vermeintlich) nahestehenden Vereine und Verbände spätestens mit dem Düsseldorfer Schauprozeß von ´88, in dem die Bundesanwaltschaft versuchte, die PKK nach § 129a als "terroristisch" zu diskreditieren. Den vorläufigen Höhepunkt markiert die Kriminalisierungswelle Ende November ´93, die allerdings keineswegs zum Stillstand gekommen ist, wie die neuerlichen Verbotsverfügungen gegen sechs kurdische Anlaufstellen und Vereine durch Kanther/ Beckstein und die aktuelle "Abschiebe-Debatte" gegen KurdInnen verdeutlichen. Durch diese repressiven Eingriffe des BRD - Staates ist nicht nur bewußt ein stigmatisierendes Klima gegenüber KurdInnen erzeugt worden, sondern ebenso eine Realität von 150-200 kurdischen politischen Gefangenen in BRD-Knästen !

Bevor der unter nationalen Vorzeichen geführte kurdische Befreiungskampf mit einer Kritik aus einem metropolenbeeinflußten Blickwinkel konfrontiert wird, ist die ungefilterte kurdische Perspektive hinsichtlich ihrer Situation vorauszuschicken:
Der PKK als faktischer Repräsentantin des kurdischen Befreiungskampfes ist es innerhalb nur eines Jahrzehnts nach der organisierten Aufnahme des bewaffneten Kampfes am 15. August ´84 gelungen, die eigene Bevölkerung gegen den kolonialistischen Status Quo zu mobilisieren und ihr ein Selbstbewußtsein zu geben, das ein emanzipatorisches Aufbegehren erst ermöglichte. Tatsache ist, daß KurdInnen aufgrund ihres Kurdisch-Seins staatsterroristischen Verfolgungspraktiken ausgesetzt sind, die die systematische Zerstörung der subsistenzökonomischen Existenzgrundlagen, Zwangsassimilation, Folter und Mord zur Folge haben. Diesem Ausrottungskalkül des türkischen Staats- und Militärapparates wird eine kurdische Identität entgegengesetzt, die als Voraussetzung für die Bildung eines unabhängigen und befreiten Kurdistans begriffen wird. Diese wiederum sei die Voraussetzung für die Überwindung des quasi-kolonialen Status´ Kurdistans und denAufbau sozialistischer Gesellschaftsstrukturen.
In dem 1977 verfaßten Programm der PKK finden sich zwei Schwerpunktsetzungen: "Die Revolution hat zwei Aspekte: einen nationalen und einen demokratischen. Der Nationale zielt ab auf die koloniale Herrschaft (...). In ihrer ersten Stufe muß die Revolution zwingend diesen Aspekt in den Vordergund stellen(...). Solange der nationale Konflikt ungelöst bleibt, ist die Lösung eines jeden gesellschaftlichen Konflikts für sich unmöglich." D.h., die nationale Befreiung Kurdistans bedeutet die Befreiung von der kolonialen HERRschaft der vier Besatzerstaaten kurdischer Regionen im politischen, militärischen, wirtschaftlichen wie kulturellen Sinne, während die demokratische Befreiung die Auflösung feudalistischer Strukturen sowie patriarchaler und anderer Unterdrückungsformen verfolgt. Der nationalen Befreiung wird eine politische Vorrangstellung zugewiesen, alle weiteren abzuschaffenden Unterdrückungsverhältnisse sind nachgelagert.

Es ist zweifellos so, daß die PKK innerhalb einer Zeitspanne von 10 Jahren beträchtliche Initiativen und Anstöße für einen fortschrittlichen sozialen Veränderungsprozeß unternommen hat, der aber aufgrund der Überbetonung des nationalen Moments zu wenig umfassend ist. Wenn hier Anstoß an einzelnen Punkten der inhaltlichen Ausrichtung des kurdischen Befreiungskampf genommen wird, geschieht dies mit dem Wissen, daß der staatliche Vernichtungsversuch des türkischen Establishments gegenüber jeglicher kurdischer Opposition nur zum Stoppen gebracht werden kann, wenn die PKK/ARGK/ERNK eine politisch -militärische Stärke

erreicht hat, die den Weg für eine territoriale Lostrennung der kurdischen Gebiete vom türkischen Staat eröffnet, und dem Wissen, daß die Linke hier häufig selbst in ihrer Geschichte einen linksnationalistischen Kurs einschlug und zum sozialpatriotischen Gesellschaftsflügel degenerierte.

Die Kritik an der befreiungsnationalistischen Positionierung des Kampfes der PKK konzentriert sich im wesentlichen auf drei Aspekte: Die Schaffung einer kulturellen und/oder nationalen Identität aller KurdInnen blendet zum einen jegliche Individualität aus und konstruiert ein homogenisiertes "Kurdisch-Sein" mit spezifischen Charakterzügen, Verhaltensweisen etc. Diese verbündet sich zum anderen nahezu zwangsläufig mit einer genealogischen Interpretation und biologistisch-anmutenden Erklärungsmustern der Herkunft der KurdInnen. Solch ein "Naturalisierungsverfahren" kann Gefahr laufen, einer gesellschaftlichen Gruppe - z.B. KurdInnen - eine Exklusivität zuzuschreiben, die im Umkehrschluß eine soziale Ausschließung Anderer bedeuten kann. Die Aussage der GenossInnen der "radikal" (radi 151, 12/94) ist zu unterstreichen, nämlich, daß sich solche Identitätsmuster nicht funktional benutzen lassen, um sie zu gegebenem Anlass abzuwerfen - sie sind Teil einer politischen Programmatik. Das Konzept der PKK ist stark mit dem alten ML-Revolutionsmodell der zwei Phasen verhaftet (erst national/antiimperialistisch, dann sozial). Die Stalinsche Formel von 1925: " Proletarisch ihrem Inhalt nach, national ihrer Form nach - das ist die allgemeinmenschliche Kultur, der der Sozialismus entgegengeht", scheint noch immer Bezugspunkt der PKK-Politik zu sein.
Ein anderer Aspekt kreist um die Frage des Verhältnisses von Patriarchat und nationaler Befreiung. Es ist immer wieder die Mobilisierung von Frauen für nationale Befreiungskämpfe beobachtbar, die wesentlich an der Vorbereitung und Durchführung von militärischen Aktivitäten beteiligt sind, doch nach erkämpfter Machtübernahme sukzessive zurückgedrängt werden und sich zumeist einer patriarchalen Rekonstruktion von Macht und HERRschaft gegenübersehen. Da im PKK-Programm ein antipatriarchaler Anspruch nicht ausdrücklich als Ziel formuliert ist, sondern nur im Zusammenhang der "demokratischen Befreiung" eine Teilrolle einnimmt, werden patriarchale Verhältnisse - wie die Erfahrungen aus anderen Befreiungsprozessen vermuten lassen - nicht in ihren Grundfesten erschüttert.
Der letzte Aspekt, der von Bedeutung sein soll, sieht mit der Erlangung nationalstaatlicher Souveränität die Gefahr einer massiven nachholenden Modernisierung, die einerseits noch existente, subsistenzökonomische Zusammenhänge beschneidet und andererseits ein Land der Weltmarktkonkurrenz zuführt, um möglichst schnell in internationalen Gremien auf politischem und ökonomischem Parkett anerkannt zu werden. Die Formierung eines Nationalstaats nach erfolgreichem Befreiungskampf zieht in der Regel den Aufbau eines am gängigen Modell nationalstaatlicher Vergesellschaftung orientierten bürokratischen Apparats nach sich, der wegen der weltweiten ökonomischen Verflechtungen geradezu verdammt ist, herzuhalten, Arbeitsprozesse zu rationalisiseren/zu spezialisieren und den Produktivitätsanforderungen des Weltmarktes zu entsprechen.
Mit der Konzeption der Föderation mit den vier Besatzerstaaten (Türkei, Iran, Irak,Syrien) umgeht ein befreites Kurdistan evtl. eine strikte nationalstaatliche Verfaßtheit und löst sich von der klassischen Version vom "Sozialismus in einem Land" - was wesentlich perspektivenreicher ist, als ein auf eine starre Grenzziehung fixiertes Nationalstaatsprojekt.

Die angeführte Kritik soll weder die Funktion ideologischer Selbstbestätigung erfüllen, noch Rückzug auf eine metropolitane BeobachterInnenplattform bedeuten, von der mensch politische Kämpfe anderswo zynisch begleitet und selbstgefällig kommentiert. Vielmehr geht es um das Ausloten von inhaltlicher /praktischer Übereinstimmung, die Respektierung unterschiedlicher Kampfbedingungen, das gegenseitige Ernstnehmen formulierter Bedenken und Begründen von (potentiellen) Grenzen gemeinsamer Politik. Damit wird keinem beliebten Abgrenzungsritual das Wort geredet, denn die Formulierung von Grundlagen für die Solidarität eingefordert, um jeweilige (nicht erfüllbare) Projektionen zu vermeiden. Uns ist klar, daß Kritik aus den Metropolen, ohne hier in der Lage zu sein, revolutionäre Impulse zu setzen, ziemlich zahnlos ist - deshalb:

DEN ANTIIMPERIALISTISCHEN WIDERSTAND IN DEN METROPOLITANEN ZENTREN ORGANISIEREN!
SOLIDARITÄT MIT DEM KURDISCHEN BEFREIUNGSKAMPF!

DEMONSTRATION am Di. 21.3.95 17°°h
U-Bhf.Hermannplatz

einige Autonome / GF (Gegenwärtige Fraktion)

V.i.S.d.P.: Erich Polter, Sahnestr. 66a 12890 BERLIN

Hallo Leute, **Autonomer Kongreß - jetzt geht`s los ..**

nun geht's los!

Es gibt schon Anfragen aus vielen Orten, Städten, Dörfern, Splittersiedlungen u.ä., wo Mensch schlafen kann während des Kongresses.

Also, wir brauchen Schlafplätze für die diskutier- und aktionswütigen Menschen, die da zu Ostern vom 14.04. - 17.04.95 nach Berlin kommen werden.

Meldet Euch bitte telefonisch oder schriftlich bei der Kongreßini mit wieviel Schlafplätze Ihr dabei seid.

Kongreßini
c/o Mehringhof, Gneisenaustraße 2, 10961 Berlin

Tel.: 030/7865917
Fax.: 030/7869984

So, was noch......

Ihr könnt mit Euren Ideen, Papers, Schlafplätzen, Fragen, Hoffnungen, Kritik usw.
jeden Mittwoch von 16.00 - 18.00 Uhr und
jeden Freitag von 17.00 - 20.00 Uhr
im Kongreßbüro im Büro der ARI, Yorckstraße 59 im Hinterhaus 2. Etage vorbeikommen, anrufen oder faxen.

Eure Kongressas und Kongressos

Eine Information des EA:

Neulich wurde uns folgende Geschichte erzählt:
Im Zusammenhang mit einer Demo oder Kundgebung werden (zum Teil) unbeteilgte Personen festgenommen, meist Jugendliche. Das wird von Leuten beobachtet, die den Festgenommenen - nachdem sie wieder freigelassen worden sind - anbieten, in einem evtl. folgendem Prozeß als ZeugInnen entlastende Aussagen zu machen. Zu diesem Zweck tauschen sie Namen, Adressen und Telefonnummern aus. Sie unterhalten sich dann noch relativ ausführlich darüber, was nach der Festnahme alles folgen kann: über Vorladungen, zu welchen frau/man hingehen muß zu welchen nicht, die Möglichkeiten, die Aussage zu verweigern. Außerdem wird noch die Telefonnummer vom Ermittlungsausschuß weitergegeben.
Später werden dann die Festgenommenen von der Polizei vorgeladen, gehen hin, sagen aus und geben außerdem die Namen, Adressen und Telefonnummern der möglichen EntlastungszeugInnen an. Die logische Folge ist, daß die Polizei den ZeugInnen hinterher telefoniert bzw. Vorladungen verschickt, ohne daß überhaupt klar ist, daß es einen Prozeß gibt, ohne Akteneinsicht, ohne Möglichkeit was genauer zu klären...- ziemlich ärgerlich!
Da es offensichtlich nicht genügt, nur mit den Leuten vorher zu reden, um genau solche Entwicklungen zu vermeiden, hier ein Tip, wie ihr euch verhalten könnt, wenn ihr in eine ähnliche Situation kommt: gebt den Festgenommenen nicht eure Adresse usw., sondern sagt, daß ihr über den EA erreichbar seid, daß sich die Festgenommenen an den EA wenden können, wenn sie für den Prozeß ZeugInnen brauchen sollten. So lauft ihr nicht Gefahr, daß ihr mit Vorladungen belästigt werdet, obwohl die Situation noch völlig unklar ist und der Staatsschutz euren Namen "frei-haus" geliefert bekommt.
Voraussetzung dafür ist, daß ihr dann in **jedem Fall** ein Gedächnisprotokoll schreiben und beim EA vorbeikommen müßt, da wir wenig Lust darauf haben, ständig auf Sachen angesprochen zu werden, von denen wir nichts wissen. Wir werden dann eure Namen und Adressen nur den AnwältInnen der Festgenommenen weitergeben, so daß ihr nur im Falle eines Prozesses eine Vorladung bekommen würdet und vorher nochmal mit der Anwältin/ dem Anwalt reden könnt.
Der EA ist immer Dienstags von 20:00 bis 22:00 besetzt, ansonsten gibt es einen Anrufbeantworter unter der bekannten Telefonnummer: 692 22 22.

Von der Analyse zur Politik!

"Es ist durch nichts gerechtfertigt, den Nationalismus der Herrschenden und den Nationalismus der Beherrschten, den Nationalismus der Befreiung und den Nationalismus der Eroberung einfach gleichzusetzen. Aber dabei dürfen wir nicht übersehen, daß es ein Element gibt (...), das dem Nationalismus der algerischen FLN und dem der französischen Kolonialarmee, dem Nationalismus des ANC und dem der Buren gemeinsam ist. Im äußersten Fall heißt das: diese formale Symmetrie hat uns wiederholt eine schmerzhafte Erfahrung gebracht: das Umschlagen der Befreiungsnationalismen in Beherrschungsnationalismen (so wie wir die Erfahrung des Umschlagens der sozialistischen Revolutionen in staatliche Diktaturen gemacht haben), das uns immer wieder vor die Frage gestellt hat, welches repressives Potential in jedem Nationalismus steckt. Bevor der Widerspruch in den Worten ist, ist er in der Geschichte selbst."
Etienne Balibar[1]

Seit Monaten tobt in der *interim* eine Debatte über das Verhältnis der Linken in der BRD zu 'ihrer' Nation. Auch wir hatten uns schon in der Ausgabe 317 (2.2.95) geäußert und versucht, einige Differenzierungen vorzunehmen. Leider mit wenig Erfolg, wenn man/frau bedenkt, daß die PapiertigerInnen in der *interim* Nr. 319 ihre teilweise berechtigte,[2] inhaltliche Kritik an den Anti-Deutschen gleich noch mit dem Beschluß garnierten, sich in keiner Weise, "sei es durch das Verbreiten von Flugblättern, Aufrufen zu Veranstaltungen, usw.", in deren Kampagne "einbinden(?) zu lassen".
Die PapiertigerInnen definieren ihr Selbstverständnis folgendermaßen: "die Geschichte der linken Bewegungen (zu) *dokumentier(en)* und *Gegenöffentlichkeit* her(zu)stellen" (unsere Hervorh.). In Anbetracht dieser sehr allgemeinen Aufgabenbestimmung fragen wir uns, ob die teilweise falschen Analysen und die grundlegend falsche Strategie, die die Anti-Deutschen auch unseres Erachtens vertreten, einen solchen Ausgrenzungsbeschluß rechtfertigen können. Gehören die Anti-Deutschen nicht zur Gegenöffentlichkeit, nicht zur Linken??? Welcher linken Gruppe lassen sich nicht falsche Analysen und Strategien vorwerfen? - und trotzdem werden deren Texte von den PapiertigerInnen dokumentiert und verbreitet, was wir richtig finden!

Die Widersprüche in der Argumentation einiger KritikerInnen der Anti-Deutschen

Zuletzt hat sich nun in dieser Debatte "Der Rote Reißwolf" zu Wort gemeldet (interim 321). Wir hoffen, daß dieser Text die *starren Fronten etwas auflockern* kann. Denn er weist auf *innere Widersprüche* in der Argumentation vieler KritikerInnen der Anti-Deutschen, und damit aber (unfreiwillig?) auch auf innere Widersprüche in der der Anti-Deutschen selbst hin.
Am Anfang ihres Textes scheinen die PapiertigerInnen ethnische Widersprüche für eine reine, von "d(en) Medien" produzierte Illusion zu halten. So verstehen wir die Formel von der "Ethnifizierung des Sozialen". Das "Soziale" (= der Klassenkampf?, wo bleibt da die von den PapiertigerInnen zurecht eingeforderte Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis?) scheint das Primäre, das Reale zu sein; die Ethnifizierung scheint demgegenüber das illusionäre - von den Medien produzierte -, falsche Bewußtsein der in Wahrheit "sozialen" Konflikte zu sein:[3] "Die breite Berichterstattung dieser Medien über 'Asylantenströme' und rechte Aufstände [Aufstände?! Auf-Stände kann doch wohl nur machen, wer/welche unter-drückt ist, oder? Anm. d. Verf.] wie in Rostock soll Stimmung schaffen (...)" (Nur, wo kommt der Rassismus in den Medien her?). Die PapiertigerInnen lehnen jedenfalls demgemäß die Rede von 'den Deutschen', 'den KroatInnnen', 'den Moslems' etc. ab und behaupten, daß es derartige "Volksgemeinschaften" in "unserem Denken nicht gibt. Diese Sichtweise überlassen wir den Faschisten und Nationalisten." Und, laut tönend: "die Konstruktion eines ethnischen Hauptwiderspruchs ist reaktionär".
Einige Absätze weiter beziehen sie sich - und auf diesen inneren Widerspruch in der Argumentation der PapiertigerInnen hat der Rote Reißwolf hingewiesen - auf einmal positiv, selbstverständlich "kritisch-solidarisch", auf "nationale Befreiungskämpfe"; auf einmal gibt es 'die IrInnen', wahrscheinlich auch 'die KurdInnen' etc. Und die PapiertigerInnen haben damit recht: Es gibt in der Tat die IrInnen, die KurdInnen etc. - allein schon dadurch, daß sie einer besonderen Unterdrückung unterliegen; selbst dann, wenn sie versuchen, sich zu assimilieren und nur die gleichen Rechte wie

1 *Rassismus und Nationalismus*, in: Etienne Balibar / Immanuel Wallerstein, *Rasse. Klasse. Nation.* Ambivalente Identitäten, Argument: [West]berlin, 1990, ebd., 49 - 84 (59).
2 Wir stimmen der Kritik zu, daß die Anti-Deutschen häufig herrschende Argumentationen einfach umdrehen (Abschnitt 1. und 5.), daß sie den Widerstand in ihren Analysen nicht angemessen berücksichtigen (Abschnitt 3.) (Aber warum schreibt Ihr "JüdInnen" in Anführungszeichen?!) und deshalb auch wenig zu zukünftigen Kämpfen beitragen können (letzter Absatz). Nicht von inhaltlichen Argumenten, sondern von Ressentiments gedeckt ist dagegen die Polemik gegen "Kampagneros", die mit "geballte(r) linke(r) Medienmacht" (vor Abschnitt 1.) angeblich dem "Zeitgeist" (Abschnitt 2.) hinterherlaufen. Was spräche dagegen, wenn die *richtigen* Analysen und Strategien mit geballter Medienmacht verbreiten werden könnten und sogar den "Zeitgeist" beeinflussen würden? Nicht zustimmen können wir auch der These von der "'Gleichschaltung' der Medien in der BRD (z.B. Golfkrieg)". Überlegt mal, was für Zeitungen während des Golfkrieges in BRD *legal* erscheinen konnten und was demgegenüber die tatsächliche Gleichschaltung der Medien im Nazi-Faschismus für derartige Zeitungen bedeutete! Und überlegt mal, wie auch die Kriegsrechtfertigungsargumentation in den faschistischen Medien vereinheitlicht war und welche pluralistischen Begründungsstränge zur Rechtfertigung des Golfkrieges angeführt werden konnten (Völkerrecht; Anti-Antisemitismus; kurdische Selbstbestimmung *versus* irakischer Zentralstaat; Zivilgesellschaft *versus* Diktatur; Frauenbefreiung *versus* Fundamentalismus etc.)! Vgl. dazu: "Aber das grundsätzlich vom Faschismus sich unterscheidende bürgerliche Prinzip, die sozialen Widersprüche nicht aufzuheben, sondern verfügbar zu machen, die soziale Ungleichwertigkeit nicht zur ideologischen Prämisse zu erklären, sondern als Spannung zu verwerten, läßt faktische Lücken und Möglichkeiten zur Dissidenz." (autonome l.u.p.u.s.gruppe, *Lichterketten und andere Irrlichter*. Texte gegen finstere Zeiten, Edition ID-Archiv: Berlin/Amsterdam, 1994, S. 125).

3 Zur Kritik dieser Auffassung der (herrschenden) Ideologien als "falsches Bewußtsein" siehe in unserer Broschüre "*Triple oppression und bewaffneter Kampf*" die Beiträge von Rolf Nemitz (S. 153-161), Stuart Hall (S. 161-163) und Desch (hier S. 172-176, bes. 174 f.).

alle anderen BürgerInnen des britischen bzw. türkischen Staates fordern. Der ethnische Widerspruch ist in diesen Gesellschaften (Nordirland, Kurdistan) in der Tat der Hauptwiderspruch; ihm gegenüber rücken andere Widersprüche an die zweite und dritte Stelle (was nicht heißt, das es nicht wünschenswert wäre, wenn auch andere Kämpfe weiter entwickelt wären).[4]

Wenn dies stimmt, müssen wir dann nicht zu geben, daß es zumindest in einem bestimmten Sinne auch 'die Deutschen' gibt: definiert durch den Besitz eines bundesdeutschen Passes und den dadurch weltweit (auch für Autonome und Antideutsche!) eröffneten Möglichkeiten; definiert durch die objektiven Vorteile, die sie (jenseits aller subjektiven Vorbehalte) von der *rassistischen Struktur* der nationalen und internationalen Arbeitsteilung erlangen etc. Der Fehler fängt allerdings an, wenn diese *partielle Gemeinschaft* der Deutschen zu einem 'deutschen Wesen' erklärt wird, das sich auch in *allen* anderen Bereichen/Fragen in Bezug auf *alle* Deutschen entfaltet.

Die Widersprüche in der Argumentation der Anti-Deutschen

Wie ist es nun mit den Anti-Deutschen? Sie argumentieren genau spiegelbildlich: Für sie ist die Gemeinschaft der IrInnen, der KurdInnen und anderer unterdrückter Völker eine illusionäre; die der Deutschen (sie selbst ausgenommen!) eine reale. Sie behaupten, eine "anti-deutsche" Position sei eine anti-nationale Position, aber, beispielsweise, eine "anti-serbische" Position sei eine (deutsch)-nationalistische Position. Sie behaupten, eine "pro-kroatische" Position sei ebenfalls eine (deutsch)-nationalistische Position; aber eine pro-britische Position sei eine anti-deutsche, also(?) anti-nationale Position.

Bedarf es Beweise? - da der Rote Reißwolf die Behautung, für die Anti-Deutschen seien "alle" Deutschen "Faschisten", zurückweist.

Beweis 1: a) Es habe eine "Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum 'totalen Krieg'" gegeben (interim 313, S. 11); deshalb hätten "die Deutschen in Dresden zurecht eins auf die Schnauze bekommen" (ein Teilnehmer des Anti-Deutschen-Treffen am 10./11.12.). "Deutsche sind für die Propagierung faschistischer und expansionistischer Ziele über das Medium Nationalismus anfälliger als Angehörige anderer Völker" (AK 315, 05.02.1990, S. 32).
b) Es gebe einen "Vernichtungswillen, den deutsche Politik im Gegensatz zu anderen" auszeichne; die Shoah sei dafür ein *verallgemeinerungsfähiges*(!) Beispiel. Der "deutsche Sonderweg" dauere noch heute an (interim 313, S. 11). "Die völkischen Grundlagen prägen ... das Bewußtsein der Deutschen bis heute." (interim 310, S. 8). "Die nationalsozialistische Phase deutscher Politik wird nicht länger historisiert, sondern als Teil von Geschichte, an der heute anzuknüpfen sei, neu rezipiert." (interim 309, S. 28).
Beweis 2: "Kurdische Patrioten kritisieren nicht die Ziele des unterdrückenden Staates und kritisieren nicht grundsätzlich, daß es überhaupt eine Beherrschung gibt, sondern, daß an dessen Spitze nicht die richtigen Leute stünden (...) - ansonsten wären sie ja keine Patrioten, sondern würden für den Klassenkampf eintreten." (interim 310, S. 12). Auch hier scheint also - wie oben an den PapiertigerInnen kritisiert - der Klassenkampf das Reale zu sein, der von der vermeintlichen Illusion 'kurdisches Volk' negiert wird.[5]
Beweis 3: Das Selbsverständnis Kroatiens und Sloweniens sei "im wesentlichen ein völkisch-nationalistisches" (AK 338, 13.01.1992, S. 1). Die Befürwortung deren Selbstbestimmungsrechts sei eine "linksnationalistische, prokroatische, antiserbische Tendenz" (ebd., S. 2; Kasten "Distanz"), "linksnationalistisch, pro-kroatisch, (...), pro-deutsch" (ebd., S. 10). (Wir führen diese und die folgenden Zitate hier nur an, um zu zeigen, daß auch die ach so anti-nationalen Anti-Deutschen gelegentlich in nationalen Kategorien denken und um auf folgende Widersprüche in deren Wertungen hinzuweisen:[6] anti-serbisch gilt als 'böse', anti-deutsch aber als 'gut'; pro-Thatcher gilt ebenfalls als 'gut', aber pro-kroatisch als 'böse'.)
Beweis 4: "Jede Verzögerung, die Mitterrand und Thatcher für das großdeutsche Projekt bewirken können, müßte von uns begrüßt werden."[7] (AK 315, 05.02.1990, S. 32). "Ami stay here, Iwan stay here"[8] (AK 316, 05.03.1990, S. 31).

Welche *kritische* Schlußfolgerung kann daraus gezogen werden? Daß ein anti-deutscher, anti-serbischer, anti-amerikanischer etc. Kampf genauso wenig (und u.U. gar nicht) ein anti-nationaler Kampf ist, wie ein Anti-ITT-, Anti-Shell- oder Anti-Siemens-Kampf ein anti-kapitalistischer Kampf ist (nämlich dann wenn ITT im Namen von IBM, Shell im Namen BP und Siemens im Namen von AEG bekämpft wird).

Welche Kritik des Nationalismus/Rassismus?

Wie wir gesehen haben, gehen also sowohl die Anti-Deutschen wie auch einige ihrer KritikerIn-

---

4 An dieser Stelle ist - gegen bestimmte begriffliche Ungenauigkeiten, die auch uns gelegentlich unterlaufen - darauf hinzuweisen, daß in der marxistischen Diskussion, auf die wir uns insofern beziehen, die Kategorie "Hauptwiderspruch" keine normative Kategorie ist (auch wenn sie häufig dazu benutzt wurde, das Vorantreiben anderer Kämpfe zu behindern). Vielmehr dient sie der Beschreibung (oder doch: Analyse?) einer *bestimmten* politischen Konjunktur: "Im Falle eines Aggressionskriegs der Imperialisten gegen ein solches (halbkoloniales, d. Verf.) Land *können* sich seine verschiedenen Klassen (...) zeitweilig zu einem nationalen Krieg gegen den Imperialismus zusammenschließen. *Dann* wird der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und dem betreffenden Land zum Hauptwiderspruch, während alle Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen innerhalb des Landes (...) vorübergehend auf den zweiten Platz verwiesen sind und eine untergeordnete Stellung einnehmen." (Mao Tse-Tung, *Über den Widerspruch*, in: ders., *Ausgewählte Werke*, Band I, 365 - 408 [389] - unsere Hervorh.). Das heißt: Auch für den traditionellen Marxismus ist der Klassenwiderspruch nicht immer der Hauptwiderspruch.
Von der Frage nach der *jeweiligen* politischen Konjunktur ist die Frage nach den *grundlegenden* gesellschaftlichen Strukturen zu unterscheiden: Für diese grundlegenden Strukturen hat der Marxismus die Kategorie "Grundwiderspruch" geprägt: "Der Grundwiderspruch im Entwicklungsprozeß eines Dinges und das durch diesen Grundwiderspruch bedingte Wesen des Prozesses verschwinden nicht, solange der Prozeß nicht abgeschlossen ist." Der Grundwiderspruch des Kapitalismus ist der antagonistische Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat (Mao, a.a.O., 381).
An dieser Stelle setzt die von uns geteilte Kritik der *triple oppression*-Theorie am traditionellen Marxismus an: Sie weist nach, daß nicht nur die Klassenverhältnisse, sondern auch das Geschlechterverhältnis und der Rassismus die *gesellschaftliche STRUKTUR* bestimmen; daß sie antagonistische Widersprüche sind (was unseres Erachtens von den anderen in der interim 320, S. 24 angesprochenen Widersprüchen, *ageism* etc., nicht behauptet werden kann!). Aus dem Grundwiderspruch folgen (anders als aus dem Hauptwiderspruch) in der Tat bestimmte, wenn man/frau es so ausdrücken will, normative Konsequenzen, bspw. hinsichtlich der Bestimmung des potentiell revolutionären Subjekts und des Bezuges auf dessen Kämpfe. (Entweder die ArbeiterInnen schaffen den Kapitalismus ab oder niemandE wird es tun; entweder die Frauen schaffen den Sexismus ab oder niemand wird es tun; etc. Nur in dem Maße wie sich die Klassen-, feministischen und antirassistischen Kämpfe entwickeln, werden Einzelne aus der jeweiligen HerrscherInnen-Gruppe zur Seite der Unterdrückten überlaufen.).
Wenn man/frau in seiner/ihrer Begriffwahl genau sein will, müßte also statt des Denkens in Haupt- und Nebenwidersprüchen die Behauptung nur des Klassenwiderspruchs als Grundwiderspruch zurückgewiesen werden. Einen 'Hauptwiderspruch' - das 'nächste Kettenglied', um mit Lenin zu sprechen - sucht sich schließlich jede politische Gruppe: Die politische Auseinandersetzung, auf die sie in einem gegebenen Augenblick, ihre begrenzten Kräfte (wenn auch nicht ausschließlich) konzentriert, weil sie der Ansicht ist, dort im Moment am meisten bewegen zu können.

5 Im übrigen teilen wir, wie schon in der interim Nr. 317, S. 27 ausgeführt, die Kritik der GenossInnen am Antisemitismus in der *Özgür Ülke*.

6 Im übrigen halten auch wir es für falsch, die Sezzion der ökonomisch in Jugoslawien *relativ privilegierten* Teilstaaten Solwenien und Kroatien mit Hinweis auf das leninsche Eintreten für das Lostrennungsrecht *unterdrückter* Nationen zu rechtfertigen.

7 Auch wir haben damals "jede Verzögerung" der Vergrößerung der BRD begrüßt (und die Illusion, es sei durch die Fusion von BRD und DDR eine 'anderes, besseres Deutschland' möglich, kritisiert). Aber: Welchen Sinn und welche (absehbar geringen!) Erfolgaussichten hatte es, auf ein "Veto" (AK 315, S. 32) Frankreichs, Britanniens etc. zu setzen? Anders als während des II. Weltkrieges dominieren heute die *gemeinsamen Interessen des deutschen, britischen und französischen Imperialismus*. Wie hätte ein solches "Veto", wäre es denn zustandegekommen, praktisch durchgesetzt werden sollen *ohne* eine anttimperialistische *Massenbasis* in Deutschland selbst, für deren Formierung zu arbeiten die Anti-Deutschen aber für falsch und/oder illusionär halten?

8 Zur Begründung hieß es in dem Artikel: "Wer die Bundeswehr nicht abschafft, soll sich nicht über die alliierten Truppen beschweren." Da *wir* aber (auch) die Bundeswehr abschaffen wollen, können/konnten wir *keine linke* Perspektive darin sehen, die alliierten Armeen gegen den Anschluß der DDR zu mobilisieren. Seit dem Zerbrechen der Anti-Hitler-Koalition und der Gründung der BRD ist ihre hiesige Funktion nicht mehr der Kampf gegen den Faschismus, sondern die *Unterstützung des BRD-Imperialismus*!

nen (jeweils in ausgesuchten Fällen!) davon aus, daß Nationen keine reine Fiktionen, sondern Realitäten sind. Wir stimmen dieser Auffassung zu - allerdings nicht beschränkt auf einige 'Ausnahmefälle', die uns besonders sympathisch oder besonders unsympathisch sind, sondern auf alle *Nationen* bezogen.
Nationalismus ist dabei unseres Erachtens eine spezifische Kombination von Staatlichkeit und Rassismus: Keine Nation ohne (Elemente eines) Staat(es)! Keine Nation ohne Rassismus! Der Rassismus stellt dabei die ein- und ausschließende Ideologie zur Verfügung, die die jeweilige Nation definiert;[9] der Staat jene repressiven und ideologischen Staatsapparte, in denen sich diese Ideologie materialisiert: Armee (Polizei etc.) eines Staates oder einer nationalen Befreiungsbewegung; Parteien, Volks-/Befreiungsfronten; Schulen; Kirchen; ggf. Sozialversicherungen etc.[10]
Die Kritik am Nationalismus muß nun unseres Erachtens an der Stelle ansetzen, wo diese gesellschaftlichen (und damit realen und nicht illusionären, aber veränderbaren!) Verhältnisse als natürliche und unveränderliche ausgegeben werden.
Für die 'Bewertung' des Nationalismus und damit für die jeweils adäquaten Strategien zur Überwindung des Nationalismus macht es unseres Erachtens allerdings einen Unterschied, ob sich eine Nation selbst als HerrscherInnen-, ggf. EroberInnen, etc. -Nation konstituiert, oder ob sie in erster Linie durch die Ausschlußmechanismen der herrschenden Nation *als unterdrückte Nation* konstituiert wird. In letzterem Fall scheint uns die übergangsweise Notwendigkeit des Nationalismus, wie in der interim 317, S. 27 ausgeführt, unabweisbar zu sein. Soweit er die unterdrückten Individuen zu Subjekten, die gegen ihre nationale/rassistische Unterdrückung handlungsfähig werden, macht, muß er unterstützt werden; soweit er zur Unterdrückung der inneren Widersprüche in den sich auf diese Weise konstituierenden Nationen führt, muß er kritisiert werden.
In jeder erfolgreich konstituierten, imperialistischen Nation, bspw. der BRD, ist jeder Bezug auf ein 'nationales Interesse' fehl am Platze; dieses kann bei nicht national unterdrückten Nationen nur das Interesse an der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Nationen sein; im übrigen sind die Widersprüche zwischen den Geschlechtern und den Klassen *in der Nation* entscheidend!
Auch wenn der antikapitalistische und anti-sexistische Kampf, das physische Eingreifen gegen RassistInnen und den ideologischen Kampf gegen den Rassismus/Nationalismus *nicht ersetzen* können, so können jene Kämpfe doch *einen Beitrag* dazuleisten, das nationale Gemeinschaftsbewußtsein zu zersetzen. Und darauf kommt es in der Tat an: die "Zersetzung der rassistischen Gemeinschaft von innen"![11]

Wie den Kampf gegen den deutschen Nationalismus führen?

Der Rote Reißwolf schreibt: "(...) jede positive Bezugnahme auf das Deutschtum - von wem auch immer - vehement zu bekämpfen (...,) impliziert zunächst keine Abgrenzung von anderen sozialen Auseinandersetzungen." Wir wissen nicht, auf welchen anderen sozialen Auseinandersetzungen sich der Rote Reißwolf *konkret* bezieht. Wir wissen aber, daß die Anti-Deutschen bisher noch *jede* andere soziale Auseinandersetzung, *jede* andere linke Kraft als deutsch-national denunziert haben:

den Kampf der neuen Frauenbewegung ("etwas anderer BDM"; "feministischer Krähwinkel, ... das Leute verteidigen, die von ihrer Befindlichkeit leben"); den Kampf der Ex-DDR-ArbeiterInnen um ihre Arbeitsplätze ("Nachvollzug der inneren Einheit"), die neue Politik der RAF ("urdeutsche Sinnstiftung"), die wir - mit anderen Gründen! - bekanntlich ebenfalls kritisieren; die Palästina-Soli-Arbeit der Neuen Linken ("oftmals vom Bestreben nach Entsorgung deutscher Vergangenheit geprägt und von antisemitischen Stereotypen überlagert"); die PDS ("auf Honecker einen Noske setzen"; "keine Stimme für Deutschland"); die Anti-Golfkriegsmobilisierung ("man braucht keine Phantasie mehr, um sich die Antiimps oder die Autonomen als Volkssturmabteilung ... vorzustellen"); etc., etc.[12]

In dem Zusammenhang, denken wir, wird eine Differenzierung, die der Rote Reißwolf an dieser Stelle (nicht) vornimmt, wichtig: Die antideutsche Orientierung schließt zwar nicht jeden Bezug auf andere soziale Kämpfe aus, "richtet sich aber aber gegen jede Verwässerung antinationaler Positionen durch die Uminterpretation reformistischer oder gar nationalistischer 'Klassenkämpfe' in fortschrittliche Aktionen."
Wir stimmen zu: Nationalistische und rassistische Kämpfe sind keine Klassenkämpfe, und sie sind, wenn sie von nationalistisch/rassistisch Privilegierte geführt werden, auch nicht fortschrittlich. Insofern ist es in der Tat haltlos, wenn versucht wird, Leuten die "Ausländer raus!" (und nichts anderes!) rufen, zu erklären, wie sie den operaistischen Klassenkampf führen müssen.[13]
Aber: 1. Wer/welche in der genannten falschen

9 Um eine Nation an den Grenzen eines bestimmten Volkes festzumachen, bedarf es u.a. "eines Prinzips der Abschließung der Ausgrenzung. Dieses Prinzip ist die rassistische Gemeinschaft." (Etienne Balibar: *Die Nation-Form: Geschichte und Ideologie*, in: ders. / Immanuel Wallerstein, a.a.O., 107 - 130 [122]. S.a. ders.. *Rassismus und Nationalismus*, in: ebd., 49 - 84 [62 - 64, 69]).
10 "Eine Gesellschaftsformation reproduziert sich nur in dem Maße als Nation, wie das Individuum von seiner Geburt bis zu seinem Tod durch ein Netz von Apparaten und täglichen Praktiken den Status des *homo nationalis, homo oeconomicus, politicus, religiosus*, ... erhält. (...). Die Nationalsprache wird den Menschen durch den allgemeinen Schulbesuch eingeübt, dessen primäre Aufgabe gerade darin besteht. Daher existiert eine enge historische Korrelation zwischen der nationalen Formation und der Entwicklung von Schule als 'volksnaher' Institution, die nicht auf die Vermittlung von Spezialausbildungen oder auf die Kultur der Eliten beschränkt ist, (...)." (Balibar, *Nation-Form*, a.a.O., 114, 120, zu Familien [und Schule] s. S. 124 - 126).

11 Etienne Balibar, *Gibt es einen "Neo-Rassismus"?*, in: ders. / Immanuel Wallerstein, a.a.O., 23 - 38 (25).
12 Zitate aus: *konkret extra*, 1/1993, S. 8; *Junge Welt*, 01.03.1995, S. 19; *interim* 309, S. 28; AK 342, 06.05.1992, S. 33; AK 339, 10.02.1992, S. 35; *Konkret* 5/1990, S. 25; *Konkret* 11/1990, S. 15 f.; *Konkret* 3/1991, S. 15.
13 So der Versuch in dem Text "'Schönau' - Rassismus - Antirassismus - Klassenkampf". S. dazu die Kritik von *einigen Frauen aus der radikal* in unserer Broschüre, S. 56 - 62 sowie der autonomen l.u.p.u.s.-Gruppe, *Lichterketten*, a.a.O., 86 - 100.

(weil aussichtslosen!) Weise versucht, den Rassismus zu bekämpfen, ist allerdings noch nicht automatisch (ohne daß weitere Anhaltspunkte hinzukommen) selbst RassistIn oder NationalistIn. Uns ist es wichtig, hier zwischen *subjektiver* Absicht und *objektiver* Wirkung(slosigkeit) zu unterscheiden. Denn die gemeinsame Absicht ist es, die die Auseinandersetzung über die geeigneten Kampfmittel möglich macht. Und 2. sind wir in der Tat der Ansicht, daß reformistische (Klassen- etc.) Kämpfe fortschrittliche Aktionen sind. Von ihnen haben sich RevolutionärInnen nicht einfach 'abzugrenzen', sondern sie haben mit dem Ziel, radikalisierend zu wirken, in sie einzugreifen - wofür die analytisch-inhaltliche und organisatorische Eigenständigkeit Grundvoraussetzung ist!
Das heißt für uns bspw. in Bezug auf die PDS, daß wir in ihr nicht organisiert sind, daß wir aber zu deren Wahl aufgerufen haben; daß wir nationalistische Positionen in der PDS als solche benennen und angreifen; daß wir uns auf die nichtnationalistischen Kräfte in der PDS beziehen und sie insoweit kritisieren, als sie gegen Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat mit reformistisch-gradualistischen (und deshalb letztlich ungeeigneten) Mitteln kämpfen. -
Weiter unterstellt der Rote Reißwolf den KritikerInnen der Anti-Deutschen, sie würden den Bezug auf "andere gesellschaftliche Widersprüche" "*anstatt*" des Angriffs auf "die mörderische Realität des deutschen Rassismus" fordern (unsere Hervorh.). Mag dieser Vorwurf vielleicht auf die oben auch von uns kritisierte operaistische Position zutreffen, so gilt dies für die Haupttendenz der Autonomen und für viele andere Linke nicht. Denn der antifaschistische und antirassistische Kampf auf der Straße (wo man/frau die selbst-ernannten Anti-Deutschen selten sieht), ist das Hauptgebiet, auf dem autonome Politik noch öffentlich wahrnehmbar ist.

Der Massenansatz

Der Rote Reißwolf versucht schließlich, den Autonomen die anti-deutsche Position unter Hinweis auf die Außerparlamentarische Opposition (APO) schmackhaft zu machen.[14] Deren "Ablehnung des Massenansatzes" habe einen notwendigen und richtigen Bruch mit dem "duckmäuserischen Parteisozialismus" bedeutet.
Nun ist es aber *eins*, den Nationalismus der KPD der 50er Jahre; die ausschließliche Orientierung von DKP/SEW auf "Aktionseinheiten" mit der SPD; den Patriarchalismus in der Arbeiterbewegung; den Legalismus und die "Gewaltfreiheits"-Dogmen Kommunistischer Parteien (von der Sozialdemokratie gar nicht zu reden!) zu kritisieren; und *ein anderes* ist, als Alternative dazu die Analysen und Strategien von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf's Podest zu heben. Der Rote Reißwolf zitiert von letzteren zustimmend: Die Massen "erfassen die soziale Wirklichkeit *nur noch* durch die von ihnen verinnerlichten Schemata des Herrschaftssystems selbst. Die Möglichkeit zu qualitativer, politischer Erfahrung ist auf ein Minimum *reduziert worden.*" (unsere Hervorh.).
Nun hat es aber diese, hier von Dutschke/Krahl beschworene ursprüngliche Situation, in der die Massen "die soziale Wirklichkeit (...) noch [nicht] durch die (...) Schemata des Herrschaftssystems" erfaßt haben, in der sie 'noch' "qualitative, politische *Erfahrung*" (unsere Hervorh.), machen konnten, nie gegeben!
Vielmehr führte die bspw. von der ArbeiterInnenklasse gemachte spontane "Erfahrung" *schon immer nur* zum "Trade-Unionismus, (zur) Nur-Gewerkschaftlerei". Um über den Kampf für bspw. mehr Lohn hinauszukommen, reicht die bloße "Erfahrung" von Ausbeutung und Unterdrückung gerade nicht aus; dazu bedarf es vielmehr u.a. des *theoretisch fundierten Wissens* um gesellschaftlichen Zusammenhang, hier: das Lohnarbeits-/Kapital-Verhältnisses. Nur so entsteht "die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System".[15]
In ähnlicher Weise läßt sich auch der Gegensatz zwischen sozialdemokratisch-kommunistischer Gleichberechtigungspolitik und revolutionärem Feminismus bestimmen.
Die Erkenntnis, daß die Massen nie spontan revolutionär sind, führte allerdings noch niemandeN, der/die eine Revolution bewirkt hat, dazu, die politische Arbeit in den spontanen Bewegungen abzulehnen. Nur aus einer **Verbindung** der wis-

14 In dem Zusammenhang wundern wir uns eh, warum sich so viele Autonome mit so viel Haß - bishin zu Ausgrenzungsbeschlüssen - gegen die Antideutschen wenden. Immerhin gehen die meisten Autonomen genauso ungern wählen wie die Antideutschen; halten wenig vom Kampf für Arbeitsplätze (und setzen dagegen den 'Kampf gegen die Arbeit'); lehnen nationale Befreiungsbewegungen (aufgrund einer Kritik des Marxismus-Leninismus, nicht des Nationalismus) ab, sind leicht mit Faschismus-Vorwürfen bei der Hand und hatten (zumindest früher) andere Linke genauso pauchal und leichtfertig als 'Reformisten' beschimpft wie heute die Anti-Deutschen andere Linke als 'deutsch-national' beschimpfen. Sehen da einige ihren Platz als Allerradikalste bedroht oder stimmt der Opportunismus-Vorwurf der Anti-Deutschen (interim 309, S. 28) doch? Immerhin kennen wir (außer von LUPUS) keinen autonomen Text, der sich selbst-kritisch mit der eigenen Beteiligung an der Nie-wieder-Deutschland-Kampagne und der autonomen "Deutschland halt's Maul"-Demo auseinandersetzt. 1990 wurde aus dem Spektrum der heutigen Gruppe K die Parole "Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein" ausgegeben (AK 315, 05.02.1990, S. 32); *in Rostock* waren es dann Autonome, die "Schämt Euch!" skandierten. *Heute* polemisieren Autonome heftig gegen Anti-Deutsche. Woher kommt die plötzliche und krasse Wende? Wir würden uns freuen, wenn autonome GenossInnen dazu mal was schreiben würden.

15 S. Lenin, *Werke*, Bd. 4, S. 396 und 385. Da sich viele Autonome gegen den "Parteisozialismus" auf E.P. Thompsons Untersuchung der Entstehung der englischen Arbeiterklasse berufen (Autonomie N.F. Bd. 14, S. 107, 145 et passim; interim Nr. 320, S. 17) sei hier noch auf eine umfassende Kritik an Thompson verwiesen: Gareth Stedman Jones, *Klassen, Politik und Sprache*. Für theorieorientierte Sozialgeschichte, Westfälisches Dampfboot: Münster 1988.

senschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Antagonismen mit den spontanen Bewegungen kann eine revolutionäre Kraft entstehen!

Für eine Politik der Veränderung statt der reinen Kritik!

Aber zurück zur Frage, wie das gelingen kann: "die Zersetzung der rassistischen Gemeinschaft von innen"? *Welche Theorie* muß sich dafür mit *welchen spontanen Bewegungen* verbinden?
Die Frauenbewegung war lange Zeit vom Gegensatz von Gleichheits- und Differenzfeminismus bestimmt. Die Vertreterinnen des Gleichheitsansatzes unterlagen dabei immer der Gefahr sozialdemokratischer Gleichberechtigungspolitik, der *Anpassung* von Frauen *an* die Normen, die der Sexismus den *Männern* vorschreibt. Umgekehrt unterlagen die Vertreterinnen der Differenz-These immer der Gefahr der Glorifizierung der traditionellen Frauenrolle als das ganz-Andere der patriarchalen Norm.
Die ArbeiterInnenbewegung war (wenn auch auf deutlich niedrigerem theoretischen Niveau reflektiert) von einem ähnlichen Widerspruch bestimmt. Auf der einen Seite die VertreterInnen des Proletkult, sozusagen die Differenz-Richtung in der ArbeiterInnenbewegung. Sie wandten sich gegen die Mitwirkung von sozialistischen, aus der Bourgeoisie stammenden Intellektuellen an revolutionären Organisationen; denunzierten die künstlerische Avantgarde als bürgerlich-dekadent und kultivierten auch ansonsten sogenannte proletarische Eigenschaften und Verhaltensweisen, unter deren Deckmantel jede Menge Patriarchalismus blühlte.[16] Auf der anderen Seite die reformistische Strömung, die für Gleichberechtigung / 'reale' Gleichheit o.ä. von Kapital und Arbeit plädierte, sich so sozial-partnerInnenschaftlich in die bestehenden Verhältnisse einfügte und auch kulturell der Bourgeoisie anpaßte. -
Auch unter den rassistisch Unterdrückten ist eine ähnliche Spaltung zu verzeichnen: Die einen, die sich versuchen zu assimilieren - bspw. ImmigrantInnen, die sich mit dem BRD-Staat identifizieren; sich vom antirassistischen Widerstand anderer ImmigrantInnen distanzieren. Zum anderen die (und vielleicht mehr noch einige weiße Pseudo-AntirassistInnen!), die die Situation von Schwarzen als 'un-entfremdet', noch 'ganzheitliche' Erfahrungen ermöglichend etc. glorifizieren, wodurch die *rassistischen Zuschreibungen* ungebrochen bleiben, sondern nur umgekehrt bewertet werden.
Und beim deutschen Nationalismus? Die einen verstehen sich als die besseren SachwalterInnen des 'deutschen Interesses'; die anderen als "Antideutsche".
In der neuesten feministischen Diskussion gibt es nun Ansätze, mit denen diese Polarisierungen überwunden werden können. Ausgangspunkt ist die Kritik der bis dahin im Feminismus üblichen Unterscheidung von biologischem und sozialen Geschlecht, *sex* und *gender*. Die Zweigeschlechtlichkeit (Mann-Frau) sei (auch) biologisch keine Realität, sondern eine Projektion sexistischer Ideologie auf die Biologie. Damit verschiebt sich die Fragestellung von der Frage nach der sozialen Gleichberechtigung von biologischen Frauen und Männern zur Frage danach, wie Frauen und Männer überhaupt erst gesellschaftlich konstituiert werden:
Im Prinzip gilt hier das Gleiche wie oben zum Nationalismus ausgeführt (und wie es im übrigen auch für den Klassismus gilt): Die Geschlechter sind bestimmt durch die Stellung, die sie in der gesellschaftlichen Teilung der (Erwerbs- und Nichterwerbs-) Arbeit einnehmen sowie durch eine Vielzahl von alltäglichen, je spezifischen Praktiken (Verhaltensweise), die durch ideologische und repressive Staatsapparat aufrecht erhalten werden. Dabei arbeiten letztere in erster Linie auf der Grundlage von Gewalt und erstere in erster Linie auf der Grundlage von Konsens: Die Ideologischen Staatsapparate unterdrücken nicht (nur), sondern bieten auch etwas zur Identifikation an: durch sexistische, rassistische etc. Ideologien definierte Subjekt-Rollen. Individuen ohne Identität und Ziel werden dadurch zu handlungsfähigen Männer-, Frauen-, etc. -Subjekten.[17]
Damit können wir erkennen, daß weder Gleichheits- noch Differenzfeminismus die zugrundeliegende Normierung (und Spaltung, sofern einige noch den Gegenpol besetzt halten) aufheben; statt einer Identifizierung mit der Männerrolle oder einer Gegenidentifizierung mit der Frauenrolle geht es - so dieser neue feministische Ansatz - um eine *Strategie* der *Entidentifizierung*, ohne

---

16 S. dazu: Stichwort "Ouvrierismus" im *Kritischen Wörterbuch des Marxismus*. Band 5, Argument-Verlag: [West]berlin, 1986, 977 f.; Gerhard Plumpe, *Ist eine marxistische Ästhetik möglich?*, in: Hans Jörg Sandkühler (Hg.), *Betr. Althusser*. Kontroversen über Klassenkampf in der Theorie, Köln, 1977, 191 - 221 (198 - 201); Sünne Andresen, *Knorrig wie eine Eiche*. Revolutionäre Kämpfer und Revolutionstheorie, in: Projekt Sozialistischer Sozialismus (Hg.), *Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik* (Argument-Sonderband AS 110), Argument-Verlag: [West]berlin, 1984, 144 - 159.

17 Zum vorstehenden: Regine Gildemeister / Angelika Wetterer, *Wie Geschlechter gemacht werden*. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung, in: dies. (Hg.), *Traditionen. Brüche*. Entwicklungen feministischer Theorie, Kore: Freiburg i. Br., 1992, 201 - 254 (bes. 208 f., 212-214, 230 ff.); Sabine Grimm, *Sexismus ohne Sex?* und Isabell Graw, *Die Frau im Wohlfahrtsausschuß*, in: Wohlfahrtsausschüsse (Hg.), *Etwas Besseres als die Nation*. Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels, Edition ID-Archiv: Berlin/Amsterdam, 1994, 95 - 104 (100-103) und 36 - 44 (40 - 42); vgl. auch: Louis Althusser, Ideologie und *Ideologische Staatsapparate*, VSA: Hamburg, 1977, bes. 121, 137 - 148; Alex Demirovic, *Totalität und Immanenz* und Jens-Christian Müller-Tuckfeld, *Gesetz ist Gesetz*, in: Henning Böke / Jens Christian Müller / Sebastian Reinfeldt (Hg.), *Denk-Prozesse nach Althusser* (Argument-Sonderband Neue Folge AS 228), Argument-Verlag: Hamburg, 1994, 87 - 102 (93) und 182 - 205 (197).

die *taktische* Notwendigkeit von *Separatismus* zu bestreiten.[18]

Dieser Ansatz plädiert für ein "neues Bewußtsein: das der 'mestiza'. Ein Bewußtsein, das Verschmelzung denkt, das aus vielen schmerzlichen Erfahrungen eines widersprüchlichen Lebens erwächst - wie etwa dem Konflikt einer Chicana-Lesbe mit ihrer machistischen Community, auf die sich wiederum bezieht, sobald sie merkt, daß sie sich in einer weißen Frauenbewegung nicht wiederfindet, ohne auf diese doch verzichten zu wollen in einer homophoben Gesellschaft... Dieses Bewußtsein hält sich nicht mehr bei Äußerlichkeiten auf, sondern sucht die Praxis dort, wo sie sich, wenn auch nur punktuell, anbietet."[19]

Die Begrifflichkeit "Identifikation", "Gegenidentifikation", "Entidentifikation" geht dabei auf Michel Pêcheux zurück. Dieser faßte damit die Differenz der leninschen Konzeption der Diktatur des Proletariats als halb-Staat, *der an seinem eigenen Absterben arbeitet*, im Gegensatz zur sozialdemokratischen Konzeption der Identifizierung mit dem bürgerlichen Staat und der stalinistischen Gegenidentifizierung mit dem 'proletarischen' Staat. Entsprechend die entidentifizierende leninsche Parole von der Umwandlung des imperialistischen Weltkrieges in einen revolutionären BürgerInnenkrieg als Alternative zur Identifizierung mit dem 'eigenen' Imperialismus und pazifistischer Gegenidentifizierung.[20]

Sollte nun, nach alledem, nicht auch in Bezug auf den (deutschen) Nationalismus/Rassismus eine entidentifizierende Politik möglich sein, die "die Praxis dort (sucht), wo sie sich, wenn auch nur punktuell, anbietet" anstatt auf "Äußerlichkeiten" zu schauen?

Entidentifizierung vom Deutschtum - was kann das heißen?

++ Das sind die kulturellen Praxen der (autonomen) Szene und von Subkulturen, die dem Bild des 'ordentlichen Deutschen' nicht entsprechen (wobei jene Praktiken immer die Gefahr beinhalteten, in eine [sub]proletarische Gegenidentifizierung zu verfallen);

++ das kann auch mal ein Bomber-Harris-Plakat sein (als Zeichen für die Entidentifizierung von der Gemeinschaft der deutschen Kriegs'opfer'), wenn nicht in den anschließenden Diskussionen, die diese Provokation auslöst, durch Fortsetzung falscher Pauschalisierungen (die sich bei einem Plakat schwer vermeiden lassen) die deutsche Gemeinschaft wieder stabilisiert wird

++ das sind ArbeiterInnen, die unbeeindruckt von der Debatte über den "Standort Deutschland" streiken,

++ das ist Fluchthilfe (wie in der interim 320, S. 17 f. beschrieben)

++ das sind Angriffe auf die rassistische Polizei und Justiz wie von den Revolutionären Zellen praktiziert (wobei die "Freies Fluten"-Kampagne der RZ dadurch belastet war, daß sie in operaistischer Marginalisierten-Orientierung die Flüchtlinge zum neuen Revolutionären Subjekt erkor)

++ etc. etc.

Das alles ist nicht viel; aber allemal mehr, als RassistInnen zum Kampf um mehr Sozialleistungen anstiften zu wollen; und auch mehr, als diejenigen, die sich (mit wie fragwürdigen Mitteln im einzelnen auch immer) gegen Rassismus, Sexismus und Kapitalismus wenden, als deutschnational abzustempeln! Wichtig ist dabei das doppelte Wissen, daß die herrschenden Strukturen von Individuen reproduziert werden und daß dieser Reproduktionsprozeß von den ideologischen und repressiven Staatsapparaten materiell geschützt wird. Es reicht also weder, allein individuelle Verhaltensänderung zu propagieren, noch sich allein auf den Angriff auf den Staat zu konzentrieren![21]

"Mensch kann sich via Bewußtsein nicht aus dem Kollektiv, in das er/sie hineingewachsen ist, hinausschleudern. Auch wer den Nationalismus vehement ablehnt, wird Elemente dieser Ideologie in seinem Denken transportieren, weil sie Bestandteile des Alltags, Selbstverständlichkeiten sind und als solche gar nicht erkannt werden. Wir haben versucht darzustellen, wie die Leugnung der eigenen gesellschaftlichen Position in die Sackgasse führen muß. (...). Eine Variante der beschrieben Leugung, wenn auch eine mit den 'besten Absichten', ist auf politischer Ebene der Strategie der Negation. Auch mit ihr katapultiert sich mensch aus den eigenen Zusammenhängen, um sie zu bekämpfen. Wir wollen ein Modell dagegen setzen, in dem mensch sich als Subjekt in einem System begreift. Solche Herrschaftsbeziehungen können ***nicht von außen*** zerschlagen werden. - Außen gibt es nicht. - Sondern sie sollen aufgelöst werden, was nur möglich ist, wenn die jeweils Handelnden ihren Standort bestimmen, die Voraussetzungen ihres Denkens reflektieren und unterschiedliche Macht (...) anerkennen, ***um daraus konkrete politische Schritte zu entwickeln.***"

M. Baader / G. Magirib-Lwanga[22]

"Die Grundursache der Entwicklung eines Dinges liegt ***nicht außerhalb***, sondern innerhalb desselben; sie liegt in seiner inneren Widersprüchlichkeit. (...). Diese innere Widersprüchlichkeit der Dinge ist die Grundursache ihrer Entwicklung, während der Zusammenhang und die Wechselwirkung eines Dinges mit anderen Dingen sekundäre Ursachen darstellen. (...). Das Studium der verschiedenen Zustände in der Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der Widersprüche (...) ist eine wichtige Methode, mit deren Hilfe eine ***revolutionäre*** Partei ihre politische und militärische ***Praxis*** festlegt; (...)."

Mao[23]

D. (einer aus der Broschürengruppe, da die Zeit zur kollektiven Schlußredaktion fehlte)

---

18 Vgl.: "Angesichts der Rationalitätsnormen des Wissenschaftsbetriebs, die eben zumeist als männlich und nicht als sexistisch bezeichnet wurden, glaubten viele Feministinnen, ihre Kritik und ihre alternativen Modelle mit dem Etikett 'weiblich' versehen zu müssen. (... Dar)über (...) stellte sich die Geschlechterdichotomie immer wieder her." (Sabine Grimm, *Über feministische Intellektuelle*, in: Cornelia Eichhorn / Sabine Grimm (Hg.), *Gender Killer*. Texte zu Feminismus und Politik, Edition ID-Archiv: Berlin/Amsterdam, 1994, 153 - 165 [159]) und: "Für den Separatismus als Strategie, den Nancys Fraser als eine 'kurzfristige Notwendigkeit' beschrieben hat, lassen sich Künstlerinnen schon deshalb schwer begeistern, weil sie an dem langfristigen Wert ihrer Kunstwerke interessiert sind. Ist ihre Arbeit einmal als Frauenkunst gebrandmarkt, dann wird diese Zuordnung schwer aufzuheben sein." (Isabell Graw, *Nach allen Regeln der Kunst*, in: ebd., 139 - 151 [142]).

19 FeMigra (Feministische Migrantinnen, Frankfurt), *Wir, die Seiltänzerinnen*. Politische Strategien von Migrantinnen gegen Ethnisierung und Assimilation, in: ebd., 49 - 63 (61).

20 Michel Pêcheux, *Zu rebellieren und zu denken wagen!*, in: *kultuRRevolution*, Nr. 5, Feb. 1984, 61 - 65 (63 f.) und Nr. 6, Juni 1984, 63 - 66 (65 f.).

21 S. dazu: Teresa L. Ebert, *Ludic Feminism, the Body, Performance, and Labor: Bringing* Materialism *Back into Feminist Cultural Studies*, in: *Cultural Critique*, Vol. 23: Winter 1992/93, 5 - 50 (17 f., 20, 35 f., 38 f.).

22 "Lösung der Frauenfrage", in: *Konkret* 9/1990, 61 - unsere Hervorh.

23 Mao Tse-Tung, *Über den Widerspruch*, in: a.a.O., 367 f., 395 - unsere Hervorh.

Kiezfrieden, ernsthaft bedroht...

GEMEINSAMER EINSPRUCH der Berliner SozialhilfeempfängeRinnen

gegen die laufenden Senatsgriffe in ihren Geldbeutel!!!

....

<Dein Name / Adresse ......>

BERLIN, den.........1995

An das
Bezirksamt Kreuzberg
Abt. Sozialwesen

Mariannenplatz 2
Yorkstraße 4-11

Ihr Zeichen: SOZ..............................

Sehr geehrteR Frau / Herr SachbearbeiteRin, SOZ-Beirat BSHG 114.2/AZG 35, gegen den der letzten Auszahlung meiner Sozialhilfe zugrundeliegenden Monatsbescheid lege ich hiermit Widerspruch ein.

1.: Die **BVG:Sozialkarte** kostet neuerdings BRDM 9 mehr als bislang, wie ich jetzt beim Kauf der Marke für diesen Monat feststellen mußte. Das ist eine Erhöhung um fast 50%.
Im vergangenen Jahr wurde jedoch der Regelsatz der Sozialhife lediglich um BRDM 1 von BRDM 519 auf BRDM 520 pro Monat erhöht. Diese Erhöhung ist bereits allein angesichts der 'normalen' Preissteigerungen ein Witz, allein die Bewagrechnung dürfte dafür sorgen, daß aus der Berechnung des Minimalbedarfs <'Warenkorb'> ein Harzer Käse herauspurzelt.
Das "Föderale Konsolidierungskonzept" der Bundes- und Landesregierungen verspricht weitere Exzesse dieser Art für die nächsten 2 Jahre und bedroht damit ernsthaft den **Kiezfrieden**, da sicherlich die stets nach 'Aktionszielen' gierenden zugereisten terroristischen Kleingruppen aus Ratzeburg und anderswo verstärkt hierher gelockt werden, um unseren beschaulichen Stadtteil zum Aufmarschort ihrer ungenehmigten Manifestationen zu machen.
Eine so provokative Absenkung des Lebensniveaus der Sozialhilfeempfänger gefährdet daher die innere Sicherheit.
Außerdem: Wo soll ich den Rotstift an meinem Budget ansetzen? Das Wegsparen von Zahnpasta allein reicht ja hier nicht mehr aus! Ich gleiche halt jetzt erstmal die so fehlende Zahnpastatube durch Verzicht auf Zucker aus. Dennoch kann ich nicht garantieren, daß eine Gefährdung der Kostenübernahme bei Zahnbehandlungen durch die AOK verhindert werden kann: Unter Umständen kommen hier auf den Träger der Sozialhilfe mittelfristig erhebliche Kostenexplosionen zu, wenn ich nun immA abwechselnd 1 Monat mit der BVG fahre und im nexten Zähne putze.

Falls Sie einen besseren Vorschlag haben, wo ich den 'Warenkorb' um DM 9 entlasten kann, teilen Sie mir dies bitte mit.
Ansonsten muß ich darauf bestehen, daß diese Veränderung meines Warenkorbes unverhältnismäßig ist, so daß **auch der monatlich an mich gezahlte Betrag um DM 9 aufgestockt werden muß.**

Hier liegt ein schweres Versäumnis der Sozialsenatorin vor, die entweder gegen den BVG:Wucher gleich im Senat ihr Veto hätte einlegen müssen, oder aber postwendend unsere Sozi um mindestens 9.- anheben.
Es geht hier vor allem auch darum, vorbeugend zu klären, ab wann eine solche Anpassung der Sozialeinkommen notwendig ist. Ich unterstütze deshalb mit meinem Widerspruch moralisch auch alle anderen, die ihn einlegen und erkläre mich solidarisch mit denjenigen, die vor dem Sozialgericht Klage erheben.

Da der 'Warenkorb' nicht an eine solche einschneidende Maßnahme angepaßt worden ist, wurden insofern meine Eigentumsrechte verletzt <Grundgesetz!>, da praktisch aus dem für mich bereits amtlich errechneten notwendigen Mindesteinkommen unverzichtbare Bestandteile des Existenzminimums herausfallen.
So kann es nicht weitergehen, am Ende wird ohne Rücksicht auf die HBV die Ladenöffnungszeit auf kurz nach Mitternacht vorverlegt, eine Beschaffungsmaßnahme die einer kompletten weiteren Einsatzbereitschaft Aussichten auf Beschäftigung geben würde.

Was den Sozial:Beirat des Kreuzberger Bezirksparlaments <BVV> angeht, dem dieser Widerspruch vorgelegt werden muß, protestiere ich dagegen, daß von den dortigen Rätinnen nicht eineR aus **SO 36** kommt. Wieso können Zehlendorferinnen besser über Kreuzberger Sozialamtsfragen entscheiden, als **36:Girls** & **Boys**?
Das macht kein gutes Bild in einer Demokratie, zumal auch die Neueinteilung der hiesigen Wahlkreise, die SO 36 in 2 Teile zerschneiden, den Eindruck erwecken, daß bestimmte Interessen gezielt untergebuttert werden sollen!

Wenn der zentrale Widerspruch:Sachbearbeiter Treskow meinen Widerspruch nicht gleich akzeptiert, sondern dem Bezirksparlament vorlegt, möchte ich zu der Erörterung meiner Angelegenheit persönlich eingeladen werden. Ein Kreuzberger Sozialamtshearing ist schon lange überfällig. Außerdem habe ich gehört, daß es dort in der Kantine Freibier gibt weil der Termin der Beirats:Sitzung auf Kaisers Geburtstag fällt.

Mit freundlichen Grüssen

Verfasser & Erstunterzeic hner: Peter Tröstler

RotZ Soz Kreuzberg
Rote Zelle Sozialamt
c/o POLITBÜRO
Dieffenbachstr. 33

ALLEINERZIEHENDE MÜTTER:

<in fraktur ?>

EUER PLATZ IST IN DER 2.KLASSE!

Das neue Fahrpreisheft der Berlin:Brandenburger Verkehrsbetriebe überrascht die Hauptstädterin mit einer ungewohnten Rubrik: Wo alles unübersichtlicher geworden ist, und keiner mehr weiß wo er denn nun mit welcher Karte noch legal fahren darf, bezieht die 'Bahn AG' über eine '1.Wagenklasse' Stellung in der 'Neuen' Deutschen Republik. Für das neue Markenprodukt wird im Regionalzug ein 'Übergangsfahrschein' feilgeboten, der den oberen Zweidritteln der Wahlberechtigten ein **exklusives** Nutzungsrecht sichert.

Das kostet zwischen 1.- und 40.-, allerdings mit der Einschränkung: '**Keinen** Übergangsfahrschein erhalten sie zu Schülertickets, Ausbildungs-, Senioren- und Sozialkarten'.

Ausdrücklich **verboten** ist das Fahren in der 1. Klasse ab 1.Januar 1995 also z.B. für Alleinerziehende Mütter, deren unprofitable Tätigkeit bei Verwaltungsbürokratien und Internationalen Finanzmärkten ebenso als unerwünscht gilt wie für andere Personengruppen, die weder bei Scharping noch Kinkel-Kohl als Wählerzielgruppen anerkannt sind. Wer lernt; in seine Fähigkeiten und Kenntnisse investiert, wer seine Knochen gerade noch in die Rente rüberretten konnte und wem all diese und andere Wege versperrt werden, hat in der Business:Class nix verloren. Er soll sie nicht nur nicht bezahlen können, sondern kriegt den Erwerb eines Fahrscheins gleich durch eine bürokratische Order untersagt!

Mit gipfelstürmendem Innovationsgeist zeigt das 'Unternehmen Zukunft' hier Flagge in der Fahrpreisgestaltung. Schließlich kann es einer demnext den Regioexpress goutierenden Ministerialdirektorengattin nicht zugemutet werden, wenn ihr hier zwischen Potse Place und Landhausvilla in Blankenfelde der Anblick einer Kreuzberger Sozialhilfeempfängerin mit 3 Kindern aufs Auge gedrückt wird.

Offenbar war man sich doch nicht so ganz sicher, daß die 50%tige Erhöhung im Sozialtarif der BVG-Monatskarten <"Wahlgeschenk '95"> ausreicht, den Pöbel einzuschüchtern <während die monatliche Sozialhilfe 1994-1997 nach einem Diktat von Bundestag und Bundesrat nur um je 1.- im Jahr angehoben werden darf!>.

RotZ Soz
Kreuzberg
<Rote Zeile Sozialamt>

Wahlbetrug? Nicht mit uns!

Zweigeteilt? NIEMALS!

WählerRinnenschutZbund protestiert gegen Spaltung von SO 36

In einem Überraschungscoup hat eine Zockerrunde von Prozentpokerern neue Wahlkreise für die Abgeordnetenhauswahl am 22.10. aus dem Hut gezaubert.

In diesen werden alle geltenden Grundsätze des deutschen Wahlrechts gebrochen, das demokratische Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger soll zu einer beliebigen Manipulationsmasse herabgewürdigt werden.

Im Mittelpunkt unserer Kritik steht hierbei die faktische **Zerstörung von SO 36. Dieses traditionsreiche Herzstück** des Bezirks wird in zwei Teile längs der Skalitzer Straße zerschnitten und an 'westlichere' Stimmbezirke angeschlossen.

Das Wahlrecht der Republik sieht jedoch ausdrücklich vor, daß sich die Einteilung der Wahlkreise an den gegebenen, historischen und auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern so empfundenen 'natürlichen Grenzen' zu orientieren hat. So ist es z.B. in Wessiland klar verboten, etwa eine Gemeinde zu zerschneiden. Grundlage der Wahlkreise sind immer die sonstigen Merkmale wie Verwaltungsgrenzen und historische Räume.

Nur so kann Wahlbetrug durch manipulatorisches Zusammenlegen von Stimmbezirken ausgeschlossen werden, in denen dann eine Wählerschicht oder die Anhängerinnen einer politischen Richtung so mit anderen kombiniert werden könnten, daß diese stets den kürzeren ziehen, wenn es um die Verteilung von Direktmandaten geht.

Der WähleRinnenschutZbund 'DIE SPHINX - WähleRinnen beobachten die Parteien' sieht in dieser Manipulation des Wahlrechts einen Versuch, für die im Hintergrund angestrebte Einführung des Mehrheitswahlrechts <= nur noch Direktmandate> und des 2:Parteien-Staates bereits einige 'Nebenspielregeln' außer Kraft zu setzen.

SO 36 ist keine 'antiquierte Bezeichnung für einen Postbezirk' <O:Ton CDU>. SO 36 ist vielmehr europaweit ein Synonym für die Gewissheit der Menschen, daß solche Manipulationen nicht widerstandslos hingenommen werden.

Der Bezirk wird dieser historischen und gegenwärtigen Verpflichtung gerecht werden. Selbst in Kleinkleckersdorf würde man einen derart dreisten Versuch, die Wählerinnen und Wähler für dumm zu verkaufen, nicht akzeptieren. Daß ausgerechnet in Kreuzberg versucht wird, so etwas durchzuziehen, zeigt lediglich, wie stark der Realitätsverlust der verantwortlichen Strategen sein muß.

Das ganze wird umso perverser, wenn wir bedenken, daß von Senatsseite gleichzeitig versucht wird, die 'Stadtteilausschüsse' und die 'Erneuerungskommission Kottbusser Tor' <EK> stärker zu verrechtlichen und damit auch innerhalb des Gefüges der Institutionen 'aufzuwerten' <gleichzeitig fester an die Kette legen> was aber auch mehr 'Legitimation' zugesteht. Die so geschaffene 'Zwischenstufe' zwischen BVV und den Völkern des Bezirkes muß auch Grundlage der Wahlkreise sein. Auch die **Sozialämter** sind ja nach dieser Grenzziehung aufgeteilt: Yorkies und Mary Jane Place.

Wir werden sowohl juristisch als auch politisch gegen diesen Staatsstreich vorgehen!

SO 36 IST ÜBERALL!!!

Der Ermittlungsausschuß Bremen informiert: Weiteres zum 3. 10. 94 in Bremen

Wie uns inzwischen bekannt ist, haben die meisten von euch einen Anhörungsbogen und/oder einen Bußgeldbescheid über 234 DM wegen der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration bekommen. Unserem Ratschlag, erstmal Einspruch einzulegen, sind die meisten nachgekommen. **Grundsätzlich gilt**: Auf eine Ordnungswidrigkeit kann eine Straftat folgen, umgekehrt jedoch nicht! Habt ihr Anhörungsbogen vom Stadtamt bekommen, so ist es wahrscheinlich, daß es bei der OWi bleibt. Ist der Anhörungsbogen jedoch von der Kripo, solltet ihr lieber mit eurer AnwältIn Akteneinsicht nehmen, ob da noch was gegen euch läuft. Garantie für das eine oder andere gibt es jedoch nicht.

Was nun tun?!?

Demnächst wird es in Bremen für BremerInnen ein **Nachbereitungs- und Koordinationstreffen** geben, um gemeinsam zu überlegen, wie und ob gegen die Bußgeldbescheide vorgegangen werden kann. Im weiteren werden gemeinsame Strategien überlegt, wie gegen das Demonstrationsverbot, Bullenübergriffe, Mißhandlungen, sexistische Anmache und CS-Gas Einsätze im Knast (Strafanzeige) vorgegangen werden soll.

Es ist uns unmöglich, alle Leute aus dem **Bundesgebiet** zu koordinieren. Deswegen würden wir allen anderen raten, sich mit EA's und/oder AnwältInnen aus eurem Einzugsgebiet in Kontakt zu setzen und zu überlegen, wie und ob ihr gegen die Bußgeldbescheide vorgehen wollt. Bei Fragen und ähnlichem könnt ihr euch gern an uns wenden(Allerdings wäre es nett, wenn Briefmarken für das Rückporto beiliegen würden).

Nochmals zur Erinnerung: der Einspruch muß bis spätestens einen Tag vor Verfahren zurückgezogen werden, falls ihr keine Aussicht für ein erfolgreiches Verfahren seht.

Für unsere weitere Arbeit wäre wichtig, wenn sich noch Leute melden, die CS-Gasangriffe, Verletzungen und Mißhandlungen erlebt oder beobachtet haben. Vielleicht werden wir zum Abschluß der 3. 10.-Arbeit eine Broschüre herausgeben, die den Ablauf und Vorfälle dokumentiert.

Das war's erstmal, viel Kraft und Erfolg für euch.

EA Bremen, St Paulistr. 10/12, 28203 Bremen

Unser Spendenkonto: Ermittlungsausschuss, Sparkasse Bremen BLZ 29050101 KtoNr. 1614874



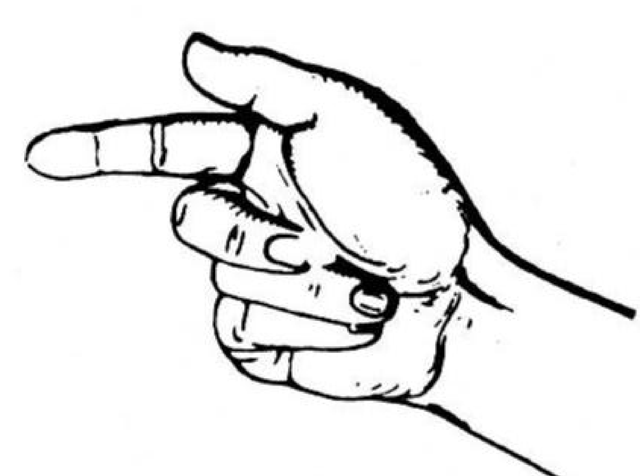
Veranstalter:
Arbeitskreis Verkehr und Umwelt e.V. UMKEHR
und
Hamburger Verkehrsbüro
in Zusammenarbeit mit dem
AStA der Hochschule für bildende Künste Hamburg

"OHNE UNS LÄUFT NICHTS !" - 10. Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß vom 25.-28.Mai 1995 in Hamburg

Der alle zwei Jahre stattfindende Bundeskongreß der Verkehrs-Bürgerinitiativen findet ab Himmelfahrt in Hamburg statt. Die erwarteten 300-500 Teilnehmer werden auf diesem Arbeits- und Aktionstreffen zu der Themenvielfalt im Verkehrsbereich informieren, diskutieren und Aktionen planen. Der Spaß und die Kultur werden nicht zu kurz kommen.
Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen erhältlich beim Veranstalter: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin-Wedding (Tel:030/492 74 73, Fax: /492 7972)



Antifa Schwerin



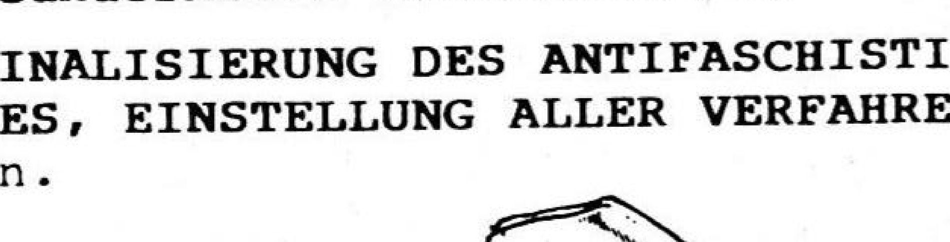
AN ALLE LEUTE DIE SICH FÜR DIE BESETZUNG DER SCHWERINER SCHWEINEKURVE INTERESSIEREN!!!!!

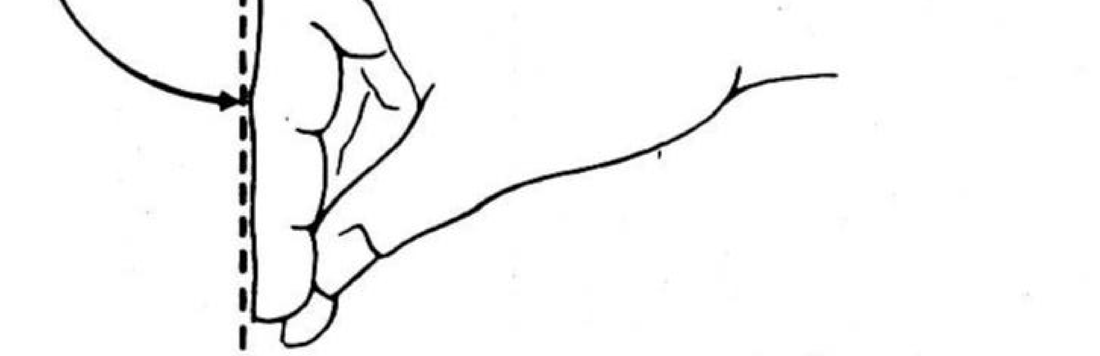
unsere postlageradresse exestiert seit ca. 2 monaten, doch leider bekommen wir nur recht selten post zur hausbesetzung. nebenbei gibt es noch ein antifapostfach auf welchem recht viel post eingeht. unsere postlageradresse wurde mit angabe von personalien eingerichtet, dummerweise kann nun aber echt jeder mensch welcher unsere post abholen will dieses unbekümmert tuen, nicht mal der persi muß vorgelegt werden. faschos ist unsere adresse auch bekannt und diese könnten ohne probleme unsere post abholen. dieses muß geändert werden, deshalb: schreiben an äußerer umschlag **antifa schwerin,psf 010725,schwerin 19007** und in den inneren umschlag **freundeskreis schweinekurve.**
bitte passt auf was ihr uns in den briefen mitteilt (es wird stichprobenweise mitgelesen). es kam bereits vor daß eine büchersendung völlig aufgerissen bei uns angekommen ist, wir informierten uns daraufhin bei der postdirektion welche uns antwortete daß es mit unserem antifapostfach schon mehrere ähnliche probleme gab, wir haben darüber leider nichts erfahren.
zur besetzung sei noch erwähnt daß bereits die ersten ermittlungsverfahren gegen uns laufen :angeklagt wegen beteiligung am hausfriedensbruch. es wird auch ermittelt welche "STRAFTÄTER" die mollies und pflastersteine besorgten. vom sinn der hausbesetzung wird nichts erwähnt, alles wird von vorneherein kriminalisiert, der **SS**taat und seine justiz handelt wie es von ihm erwartet wurde. antifaschistischer selbstschutz wird kriminalisiert und faschistische überfälle wie immer verharmlost. dieses werden wir mit all unseren mitteln ve.. uchen zu verhindern.
der momentane stand der dinge ist daß wir wohl in ein paar monaten ein legales haus bekommen werden welches wir ausgesucht haben, in diesem wohne: bereits drei der ehemaligen besetzerInnen. wir melden uns wieder.

ÄUßERER UMSCHLAG:
AntiFa Schwerin
PSF 010725
Schwerin
19007

INNERER UMSCHLAG:
Freundeskreis schweinekurve

KEINE KRIMINALISIERUNG DES ANTIFASCHISTISCHEN WIDERSTANDES, EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN!!!
BRD BRDigen.







Anarchistischer Aktivist in Polen verhaftet!

Anfang März erreichte uns folgende Nachricht der polnischen AnarchistInnen mit der Bitte um internationale Unterstützung:
Am 24.Februar '95 hat die polnische Polizei Rafal Gorski verhaftet, einen Aktivisten der Anarchistischen Föderation und der Akademischen Assoziation für ein freies Chechnya.

Die Polizei behauptet, daß die Beteiligung an zwei „illegalen" Aktionen zu seiner Verhaftung führten:
- Er hatte 1992 gegen den Bau des Dammes Czortsztyn im Pieninski National Park „illegal ein Gebäude bewohnt" (besetzt), dabei einen Polizisten beleidigt, und
- Er hat 1994 das Ministerium für Privatisierung „illegal besetzt" und dort protestiert.

Rafael wurde bis zum Beginn der Verhandlung, der nicht feststeht eingesperrt. Und während der Verhaftung war es ihm nicht gestattet, seine Familie oder Freunde zu verständigen, sehr warscheinlich wurde er auch mißhandelt. Außerdem versuchte die Polizei die Leute mit der Verleugnung der Verhaftung zu desinformieren. Sie behaupteten: „Rafael Gorski wurde nicht verhaftet, und wir wissen nicht, wo er sich aufhält".

Die Anarchistische Föderation Polens organisiert zusammen mit anderen Organisationen den Protest für die Freilassung Rafaels, und gewährt ihm rechtliche Beihilfe.
Wenn ihr uns helfen wollt, schickt bitte Briefe, die seine Freilassung fordern, an:

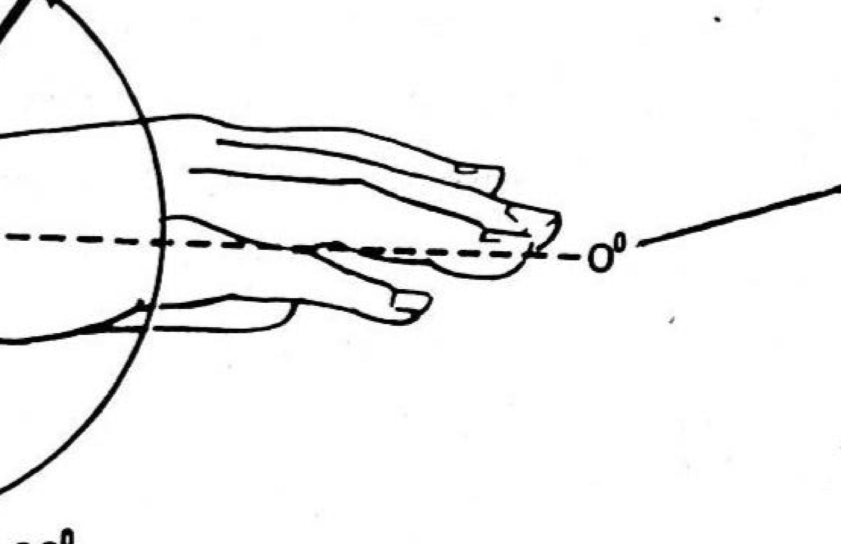
State Prosecutor
Al. Ujazdowskie 11
Warsaw, Poland

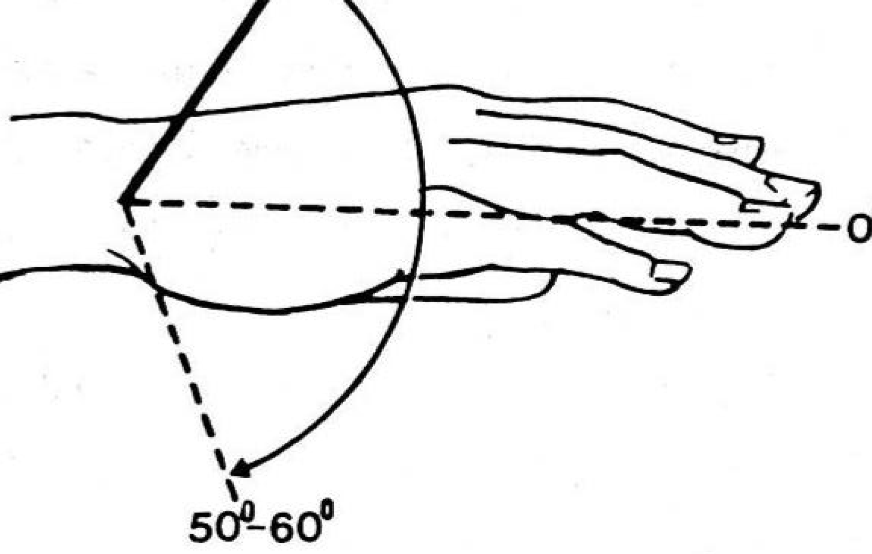
Human Rights Ombuceman
Al. Solidarnosci 77,
00-090 Warsaw, Poland.

Mehr Informationen könnt ihr über e-mail bekommen bei:
uukrawcz@cyf-kr.edu.pl

or contact:
Marek Kurzyniec
tel. +48 12 11 85 89;

Infokaukaz
tel/fax: +48 12 21 93 12.





Brief von Birgit Hogefeld

Vor kurzem hat die Beweisaufnahme zu den Anklagekomplexen Air-Base und Pimental angefangen und ab dieser Woche sollen Zeugen vernommen werden, die an dem Abend, als Pimental erschossen worden ist, mit ihm zusammen in der Kneipe waren.
Die Erschießung des GI Edward Pimental war eine der schlimmsten Fehlentscheidungen der Raf.
Ich denke, daß das, was damals abgelaufen ist: einen einfachen US-Soldaten zu erschießen, um an dessen Ausweis zu kommen, in keiner Weise mit revolutionärer Moral und Utopien von einer menschlichen Gesellschaft vereinbar ist. Eine Aktion wie diese ist aus menschlicher und moralischer Sicht ganz einfach nicht zu rechtfertigen.
Nie war die Kluft zwischen dem Denken und Fühlen von linken bzw. fortschrittlichen Menschen in diesem Land und einer Aktion der Raf größer als bei dieser Erschießung - es waren zwei Welten.
Meiner Meinung nach reicht es aber nicht aus, die Erschießung Pimentals einfach bloß als schlimme Fehlentscheidung zu bezeichnen, ohne zugleich eine Antwort auf die Frage zu suchen, wie es dazu kommen konnte, daß Menschen, die mit der Vorstellung aufgestanden waren für eine bessere Welt zu kämpfen, sich so weit von ihren eigenen Idealen entfernen konnten.
Über diese Frage, darüber, was in der Raf-Geschichte falsch gelaufen ist, und was aus den Fehlern, aber auch aus den Stärken für die Zukunft zu lernen sein kann, darüber werde ich demnächst ausführlich reden.

Gerade wegen der massiven Kritik auf die die Erschießung Pimentals gestoßen ist, will die Bundesanwaltschaft unbedingt meine Verurteilung in diesem Fall. Sie will die Verknüpfung zwischen dieser Erschießung und mir nicht nur, weil sie damit das lebenslänglich-Urteil gegen mich in der Tasche hätte, das natürlich sowieso.
Die Bundesanwaltschaft will diese Verknüpfung auch deshalb, weil ich seit meiner Verhaftung sozusagen als Person für die inhaltliche Neuorientierung der Raf stehe, die 1992 zur Rücknahme der Eskalation von unserer Seite aus geführt hat - für uns war das die Entscheidung dafür, mit all denen, denen es in diesem Land darum geht, Wege für eine menschliche Gesellschaftsentwicklung zu suchen, zusammen-kommen zu können. Die Pimental-Anklage gegen mich richtet sich auch gegen diesen Versuch. Die Anklage wegen der Erschießung des US-Soldaten, die damals zu einer tiefen Kluft zwischen großen Teilen der Linken und der Raf geführt hat, soll heute dazu dienen, alte Trennungen neu festzuklopfen und ihre Überwindung verhindern.

Die bisherigen Ermittlungen haben nicht zu dem von der Bundesanwaltschaft erwünschten Ergebnis geführt. Obwohl alle Zeuginnen und Zeugen immer wieder vernommen worden sind und ihnen dabei unzählige Lichtbildmappen und Videofilme auch mit Fotos von mir vorgelegt worden sind, sagt niemand, daß ich die Frau gewesen wäre, die mit Pimental zusammen die Kneipe verlassen hat - nur einer der GI's sieht zu mir eine große Ähnlichkeit, gibt aber gleichzeitig an, daß er kurzsichtig ist und daß er an dem betreffenden Abend seine Brille nicht dabei gehabt hätte. Andere Zeugen schließen aus, daß ich diese Frau bin.
Die Bundesanwaltschaft hat also bei all ihren Versuchen, mich als die 'Pimental-Begleiterin' zu präsentieren, ihr Ziel nicht erreicht und startet jetzt hier während der Hauptverhandlung ihren letzten Anlauf, um es doch noch zu erreichen.
In der Anklageschrift heißt es:

> "Ob die Angeschuldigte tatsächlich die Frau ist, die zusammen mit Edward Pimental den 'Western Saloon' verließ, kann erst nach einer Gegenüberstellung der Angeschuldigten mit diesen Zeugen in der Hauptverhandlung beurteilt werden."

Schon am letzten Prozeßtag hat meine Anwältin einen Beschluß dieses Senats zitiert, in dem es heißt, daß die Verläßlichkeit einer Wiedererkennung in der Hauptverhandlung "nach den gesicherten Erkenntnissen der Wissenschaft und der kriminalistischen Praxis" fragwürdig ist, da sie durch vorangegangene Lichtbildvorlagen beeinflußt sein kann. Diesen Beschluß hat dieses Gericht natürlich nicht in einem politischen Prozeß gemacht. Den Zeugen wurden öfter Lichtbilder - auch von mir - vorgelegt, ohne daß sie mich erkannt hätten. Dem Zeugen Kalka, der heute kommt, wurde sogar der Videofilm vorgeführt. Er stellte Ähnlichkeiten mit einer Vergleichsperson fest, nicht aber mit mir.
Und es ist auch nicht verwunderlich, da das Gericht seinen eigenen Beschluß im Prozeß gegen mich außer Kraft setzt, indem es diese Anklage auch in diesem Punkt zugelassen hat und mit den Zeugen hier eine Gegenüberstellung inszenieren will.
Schon mehrmals ist in den letzten Monaten hier vorgeführt worden, daß Zeugen nach längerer Bearbeitung mit solchen Bildern und Videofilmen ihre Aussagen ändern - eine Zeugin will beispielsweise bei ihren ersten Vernehmungen "mit Sicherheit" Sigrid Sternebeck als Mieterin eines Autos erkannt haben - nachdem ihr nahegelegt wird, daß sie mich als die Automieterin identifizieren soll, behauptet sie plötzlich, daß sie nun mich wiedererkennen würde.
Aber auch die Auswahl der ZeugInnen, die geladen werden bzw. nicht geladen werden, zeigt, daß dieses Gericht nichts unversucht läßt, endlich den angeblichen Beweis für meine Täterschaft bei irgend einem der Anklagevorwürfe zu kriegen. Entlastungszeugen werden grundsätzlich gar nicht erst geladen.
In einem Fall wurde ein Autoverkäufer geladen, allerdings nicht auch seine Frau, obwohl diese laut Akten bei dem Verkaufsgespräch an-

wesend war. In den Akten steht auch, daß die Frau ausgesagt hat, die Käuferin des Autos hätte schlechte und lückenhafte Zähne gehabt, sie selbst würde bei allen Leuten sehr auf die Zähne achten, weil sie in einem Zahnlabor arbeitet. Wenn diese Zeugin ihre Aussage vor Gericht wiederholt hätte, wäre zumindest dieser Autokauf gegen mich vom Tisch gewesen, denn ich habe weder schlechte noch lückenhafte Zähne. Es kann kein Problem sein, einen Zahnarzt zu finden, der bestätigt, daß auch bei Raf-Mitgliedern keine dritten Zähne nachwachsen und ich also die Zähne, die heute in meinem Mund sind, von Kindheit an immer gehabt habe.

Zurück zu der Pimental-Anklage - die Personenbeschreibung dieser Frau ist derart allgemein, daß sie auf Millionen Frauen zutrifft. Nach dem bisherigen Prozeßverlauf muß ich davon ausgehen, daß, würde hier statt mir eine Schaufensterpuppe auf der Anklagebank sitzen, dann hätte diese Puppe vermutlich große Chancen , als die Frau identifiziert zu werden, die mit Pimental die Kneipe verlassen haben soll.
Aus diesem Grund rechnet sich die Bundesanwaltschaft gute Chancen für ihren letzten Versuch aus, mich doch noch als diese Frau identifizieren zu lassen.
Ich habe lange zusammen mit meinen Anwälten überlegt, wie ich dem begegnen soll - eigentlich habe ich dabei nur die Wahl zwischen verschiedenen schlechten Möglichkeiten, aber eins ist klar, ich werde mich hier nicht zum Objekt dieser Inszenierung machen lassen. Ich werde mich nicht auch noch daran beteiligen, wie dieses Gericht (entgegen seiner eigenen Rechtsprechung in nicht-politischen Prozessen) hier eine Wiedererkennungs-Inszenierung durchzieht, um sich Zeugenaussagen zu basteln, die dann als Beweis gegen mich herhalten sollen, um dieser Veranstaltung den XXXXXXXXXX Schein von 'Rechtsstaatlichkeit' zu verleihen.
Die hier geplante Gegenüberstellung werde ich nicht mitmachen. Ich werde mich während der Zeugenvernehmungen mit dem Rücken zu den Zeugen setzen. Das ist zwar keine gute Lösung, doch ich will mich nicht ausschließen lassen, sondern auf jeden Fall an diesem Prozeß teilnehmen.
Aber ich lasse mich hier auch nicht zum Objekt dieser Inszenierung der Bundesanwaltschaft machen.

1. Quartal 1995 Nr. 14 Postvertriebsstück A 12057 F

OFF LIMITS ZAG

Inhalt

Kritik zum Buch der Lupus-Gruppe "Lichterketten..."

Text gegen komplizierte Zeiten

Die uns wohlbekannte autonome lupus-Gruppe hat ein neues Buch geschrieben: "Lichterketten und andere Irrlichter- Texte gegen finstere Zeiten" heißt es. In den insgesamt gut lesbaren Texten reicht die Darstellung von Polemiken gegen die "Lichterketten", der Beschreibung der vielfältigen Protestaktivitäten gegen ein Pogrom in Manheim-Schönau, die Abschaffung des Asylrechts, Überlegungen einer autonomen Positionierung zu Fragen des "Antirassismus" und "Antifaschismus", bis hin zu dem Wagnis einer Darstellung der deutschen Reichs- und Nationalgeschichte unter völkischen Vorzeichen. Mit einer Ausnahme, sind diese Texte in den letzten drei Jahren im Zusammenhang mit tagesaktuellen politischen Auseinandersetzungen enstanden; eine begrüßenswerte Kontinuität. Gut, das es die autonome lupus-Gruppe gibt!
Um es gleich vorneweg zu sagen: Diese Rezension ist ein tätiges Umkreisen, weil ich die Texte nicht richtig in den Griff bekommen habe, und sie mir zuweilen als eine fremde Gewalt gegenüber getreten sind. Diese Besprechung kann die Lektüre des Buches nicht ersetzen, soll aber die Gelegenheit eröffnen, ein paar Widersprüche zu einigen Textpassagen in die Diskussion zu werfen[1].
In den lupus-Texten sucht man vergeblich nach dem alles entscheidenden Hebel. Sie sind in einer Gesamtschau betrachtet, sehr heterogen, in ihnen finden sich viele interessante Gedankengänge und überhaupt wird viel darin ausprobiert. Von daher erscheint es mir umso unverständlicher zu sein, wieso sich lupus selbst unter den Anspruch eines "konsistenten Ansatzes" für eine verallgemeinerbare militante Politik stellt. (S.10) Dieser merkwürdige Gedanke findet sich dann noch einmal am Ende des Buches in einer Zuspitzung wieder, wo verschiedene Gegenstrategien zu den beschissenen Verhältnissen gewogen und zurecht als schlecht befunden werden. Der Text endet mit dem markanten Satz: "Das ganze ist ein strategisches Problem und da wir nicht nur StrategInnen sind, ein Dilemma. Daß es eine pralle Lust ist, darin zu agieren, ist ein Irrtum" (S.152). Unwillkürlich drängt sich bei derartigen Formulierungen der Eindruck auf, als sei soetwas nur eine andere Beschreibung für die leidige Organisierungsdebatte: Und in der möchte ja jeder der Beteiligten immer "ganz große Politik" machen, was jedoch glücklicherweise nicht mehr klappt.

1. Warum das Nichts kritisieren ?

Über lange 16 Seiten müht sich lupus darum, noch einmal die aus Anlaß der Morde von Mölln im Herbst 1992 ausgelöste Lichterkettenbewegung ab- und wegzubürsten. Dieses Phänomen war ein - nachträglich betrachtet - absolut singuläres Ereignis, welches zum Teil von der Medienindustrie gesponsert worden ist. Sie war eine Manifestation des guten Willens von Menschen, deren konkretes Anliegen hauptsächlich darin bestand "für" das selbstverständliche, sprich gegen Mord zu demonstrieren. Diese gut meinende "Bewegung" war ungefähr so "politisch", wie die noch aus den 80er Jahren bekannten "Demonstrationen für das Demonstrationsrecht"; eine Tautologie (Verdoppelung) nicht mehr. Auch deshalb habe ich nicht recht verstanden, warum lupus Zeit und Zeilen damit verschwendet, dieses "Nichts" noch einmal wegzubürsten. Irgendwo hatte man schon mal die von den Verfasserinnen wortradikal vorgetragenen Polemiken in den damaligen linken Gazetten konsumiert; dort allerdings mit ein wenig mehr kulturkritischen Biß versehen. Und überhaupt: Warum muß die in der Tat "Vieldeutigkeit" in den Motivlagen der TeilnehmerInnen dieser "Bewegung" immer auf irgend etwas hin polemisch zusammen genagelt werden? "Ist es wirklich ein Zufall, daß die Lichterketten mit dem Allparteien "Kompromiß" vom 6.12. 92, mit der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, zusammenfallen? " (S. 21) Rhetorisch ist diese Frage natürlich nicht ganz ungeschickt formuliert, die Antwort auf die aufgeworfene Frage ist allerdings eindeutig zu geben: Ja, die Lichterkettenbewegung war so zufällig, wie auch der Zeitpunkt für das Massaker von Mölln zufällig war.

2. Gegen die Macht des Völkischen und des "rassistischen Konsens" - Autonomer Gegenkonsens und "Anti-Nationalismus" ?

In einem langen Kapitel: "Das Verlangen nach Herrschaft und der Wunsch nach Herrschaft", das durchaus als das Herzstück des Buches zu betrachten ist, entscheidet sich lupus dafür, die nach wie vor in diesen deutschen Verhältnissen wirkende Macht des Völkischen herauszuarbeiten. Diese, in einem enormen historischen Ausschnitt, dargelegten, eher theoretischen Überlegungen werden dann versucht in dem nachfolgenden Kapitel: "Fahrplan in Richtung Pogrom" am Beispiel von Manheim-Schönau zu explizieren. Schlußendlich münden diese Überlegungen in der Feststellung, daß man es bei diesen Verhältnissen mit einen "rassistischen Konsens" zu tun habe, gegenüber dem der Anti-Nationalismus "eine der vornehmsten Aufgaben linker Opposition" sei (S. 132). Tatsächlich, wir lesen: "Vornehm" !
Wie lassen sich nun diese Behauptungen diskutieren? Wie lassen sich überhaupt "Behauptungen" diskutieren, die nun jeder wie kleine Zinnsoldaten aufstellen und natürlich wieder umwerfen kann? Einfach "andere Gegenbehauptungen" aufstellen? Schließlich haben wir zu konstatieren, daß die Beschreibung sozialer Realität, wie eine darauf bezogene Politik, immer etwas spekulatives besitzt. Deswegen ist es erheblich spannender, aber auch mühseliger, nicht die Frage danach zu stellen, wie oder was ist, sondern die Diskussion kann doch eigentlich nur darin bestehen, zentral mit zu überlegen, was denn woraus folgt und vielleicht auch nicht mehr folgen soll.

---

[1] Die Buchstaben sind deshalb so höllisch klein gesetzt, weil`s auf zuwenig Platz eigentlich noch viel mehr zu sagen gäbe. Ansonsten ist dieser Beitrag (leider) eine etwas freudlose Spezialistenkiste, die vermutlich die meisten INTERIM-LeserInnen wenig interessieren wird.

Kritik zum Buch der Lupus-Gruppe "Lichterketten..."

Es wäre ein Leichtes, die von lupus getroffene Behauptung der nach wie vor in den hiesigen Verhältnissen ungebrochenen "Macht des Völkischen" sowie den daraus abgeleiteten "rassistischen Konsens" zunächst einmal einer methodischen Überprüfung zu unterwerfen. Es ist die schlichte Frage: Wo sind denn die von lupus angelegten Maßstäbe, um auch sagen zu können: "Das mit dem "Völkischen", das stimmt nicht!"
Nach Auffassung von lupus wird die nach wie vor ungebrochene Macht des Völkischen in der deutschen Geschichte hauptsächlich auf die Arbeit des Historikers George L. Mosse gestützt. Dessen Überlegungen dienen lupus gewissermaßen als eine Folie zur Beschreibung heutiger Verhältnisse. Daran angelehnt, wird versucht einen Nachweis über die Geschichte, Bedeutung und nach wie vor aktuelle Brisanz des völkischen Gedankens in der Gegenwart der BRD zu führen. Und ohne jeden Anflug von Doppeldeutigkeit sei an dieser Stelle festgestellt: Diese Textpassagen erwecken zunächst einmal den Eindruck einer sowohl engagiert als auch hervorragend geschriebenen Soziologie-Seminararbeit. Ich hätte es aber notwendig gefunden wenn lupus zuvor der Frage nachgegangen wäre, ob sich denn das nachfolgend ausgebreitete Material tatsächlich als eine Folie, auch für die Entwicklung der West-BRD nach 45 benutzen läßt, wie es uns in einem späteren Kapitel in einer minutiösen Beschreibung eines Pogroms in Manheim-Schönau nahegelegt wird.
Dabei kann man sich aber nicht ganz des Eindruckes erwehren, daß die Autoren die deutsche Nationalgeschichte funktionalistisch zusammenschreiben, die dann unter der Hand den Wahnfiktionen der reaktionären Geschichtskonstruierer aufsitzt. Sich diesen Gegenerwägungen nicht zu stellen, wie es die lupus-Gruppe tut, kann schnell zur Folge haben, sich analytisch einen Pappkameraden zu konstruieren, der durch grimmige Entschlossenheit mit Argumentationssalven durchlöchert werden kann. Dabei wäre doch in einer Selbstreflektion in Rechnung zu stellen, daß es gerade für Autonome äußerst billig zu haben ist, gegen alles "Völkische" und ein "Deutschland" im Sinne von "Anti" zu polemisieren. Schließlich sind Autonome sowohl von der Herkunft, Lebensart- und Weise ein Vergesellschaftungsprodukt des modernen Kapitalismus, versehen mit Bildungsressourcen, begleitet von einigen Sprachkenntnissen, hoch flexibel und individualistisch ausgeprägt, dabei immer auch orientiert an "internationalistischen" Konsum- und Musikmoden. Das argumentative Abschießen sowohl des "Völkischen" als auch dessen was mit Hilfe des Kampfbegriffes "rassistischer Konsens" hauptsächlich "Anderen" unterstellt wird, sagt erstmal "Alles" und klärt damit zwischen den Menschen, die sich zum Zwecke ihrer Befreiung assozieren (wollen), nichts. Die konkrete politische Bedeutung kann mit einem derartigen Zugang zur Welt nur darin bestehen, sich letztlich bequem in einem unpolitischen Milieu moralistisch eingefärbter Radikalität einzurichten. Dabei scheint die dort zelebrierte eigene Bedeutungslosigkeit einem Impuls zu folgen, sich als Linksradikaler - in letzter Konsequenz - beständig gegenüber den Verhältnissen als "Verlierer" ein- und festzuschreiben. Vor dem Hintergrund der grauenhaften deutschen Nationalgeschichte ist das auch ganz sicher überhaupt nichts ehrenrühriges. Damit ist jedoch perspektivisch niemand mehr zu gewinnen. Gut fand ich an den Autonomen, das sie auch aus einem emotionalen Impuls immer bereit gewesen sind, sich <u>notfalls</u> frontal gegen den (vorläufigen) Rest der ganzen Welt zu stellen, um was zu probieren. Darauf jedoch strategisch eine Politik zu gründen, wie es mir bei lupus den Anschein erweckt, ist und bleibt fatal. Sofern man den Anspruch erhebt "Politik zu machen" kommt man nicht



um die Frage herum, wie andere Menschen für ein als "besser" erkanntes Prinzip, zu gewinnen sind. Ein untergründig verfolgter "autonomer Gesamt- und Gegenkonsens" wird soetwas aber nicht sein können, weil er eine Gemeinsamkeit über ein (mal wieder) "aktuelles Thema"" zu stiften versucht, welches im Alltag von Autonomen keine soziale Bedeutung besitzt. In diesem Zusammenhang scheint es mir auch mehr als zweifelhaft zu sein, sich in den 90er Jahren einen "Anti-Nationalismus"-Button an`s Revers zu heften, wie es uns lupus vorschlägt. Nachdem die autonome Linke zwei lange Jahrzehnte die Vokabel des "Internationalismus", bisweilen wie eine Ikone, aus identifikatorischen Bedürfnissen, und das zuweilen mit großer Gedankenlosigkeit, mit sich herum getragen hat, nun also neue Zauberformel? Wir lesen: "Das Formulieren von Lösungen ist naiv in dem Glauben, die knirschenden Destruktionen und oft ausweglosen Kämpfe gegen das "deutsche Volk" umgehen zu können." (S. 126) Es entsteht der Eindruck, daß dabei

etwas passiert, was sich schon immer in der linksradikalen Geschichte beobachten ließ: Man klebt sich beliebige "Inhalte" auf die Lederjacke, um sie je nach Zeitgeistbedarf wieder in den Mülleimer zu werfen. Die Denkweise bleibt zwar immer die gleiche, doch die "Inhalte" werden gewechselt wie das aktuell verschwitzte Hemd[2]. Und so - hat es den Anschein - dienen uns die ganz großen Begriffe hauptsächlich dazu, anderen Leuten solange das Maul zu stopfen, bis wir selber auch nichts mehr zu sagen haben. Dabei sollte man sich gerade nach den trüben Erfahrungen mit dem "Internationalismus"-Begriff eigentlich hüten, die nächsten Begriffe auf dem Markt der Gesinnungsidentitäten auszustreuen.

3.1. Ideologiekritik = Zeitungskritik !

Durch die Art und Weise, wen und was lupus so an nationalistischen oder völkischen Unsinn diverser Personen und Gruppen zusammen zitiert, bin ich beim Lesen ein wenig durch den Tütel geraten: Seit wann wohl Autonome die monatlich erscheinende Mitgliederzeitschrift ausgerechnet der Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft lesen? (S. 24) Gleiches gilt auch für die Lektüre von Texten des Sozialdemokraten W.F. Haug (S.84)[3] Mir erscheint, das ein mehr als zweifelhaftes Verfahren zu sein, alle möglichen Leute, für die man sich vorher nun wirklich nicht - und das auch noch mit guten Grund! - interessierte, nachträglich in eine "Linke" einzugemeinden, um sie so besser ausgrenzen zu können. So etwas ist nicht nur billig zu haben, sondern auch völlig bedeutungslos. Eine Vielzahl der in den Texten ausgewählten Zitate, verdankt lupus der intensiven Lektüre der Tageszeitung "Frankfurter Rundschau". Sie scheint den Verfasserinnen als soetwas wie ein Schlüsselloch zur fremden, als feindlich betrachteten Welt zu dienen; für Schreibtischarbeiter innerhalb der BRD-Linken kein völlig unbekanntes Phänomen[4]. Natürlich ist es legitim, sich eine derartige, durch das Nadelöhr einer Tageszeitung gepreßte, Gegenperspektive auf die Welt zu verschaffen. Einen konkreten Bezug zum tätigen Handeln auf der Straße mit anderen Leuten / gegen andere Leute, kann damit aber schnell ausgelöscht werden. Und genau das ist auch damit gemeint, wenn ich anfangs gesagt habe, daß mir weite Passagen der lupus-Texte als fremde Gewalt gegenüber getreten sind. Was darin fehlt, ist die Reflexion der eigenen Nicht-Erfahrungen, des eigenen autonomen alltäglichen Zugangs zur Welt. Und soetwas stellt sich nur bedingt, wenn überhaupt, über das Lesen von Tageszeitungen her. Eben: Weil der ausgewählte Ausschnitt viel zu groß gewählt worden ist, ist man auch darauf verwiesen als "Zeitungsleser", d.h. vom Hörensagen zu argumentieren. Und bei dem ist ohnehin immer alles genauso richtig wie falsch. Auf soetwas kann keine autonome Position mehr basieren, die darauf verwiesen sein muß, hemmungslos neugierig auf ein konkretes Handeln auf der Straße oder auf Versammlungen mit anderen Leuten zu sein, um es dann so genau als möglich zu beschreiben, anstatt aus der Perspektive des "Zeitungslesers" zu argumentieren.

4. Was kommt nach den großen Kategorien ?

In den Texten finden sich immer wieder nach den gro(b)(ß)en Verallgemeinerungen, die kleinen Geschichten und Praxisbeschreibungen. Sie könnten, richtig verstanden und beschrieben, als kleine Lichtsteine gegen Resignation, Ohnmacht und Zynismus. funktionieren. Was sollte uns denn sonst die Möglichkeit weisen, vom Platz der Zuschauer oder des Zeitungslesers aufzustehen, um gegenüber dem Lauf der Welt zum Handeln zu kommen ? So hat mir beispielsweise die detaillierte Beschreibung der Demokultur gegen ein Pogrom in Manheim-Schönau gefallen. Klug wird darin versucht, aus begrenzten Möglichkeiten, politisch ein Maximum an Wirkung und Störung von Verhältnissen zu entfalten. (S. 91/92). Und derart, sowohl vom Ausschnitt klein als auch präzise, ausgewählte Ausschnitte eines Handlungsgeschehens können zuweilen eine viel schärfere analytische Kraft entwickeln, als Begriffe einer ganz groß sein wollenden "Politik". Es ist ein Irrtum davon auszugehen, daß ein Einzelergebnis immer von seinen Wirkungen begrenzt bleiben muß.

Die an die Demonstrationsbeschreibung anschließend dokumentierte Rede vor den "Bürger und BürgerInnen von Schönau" ist jedoch eine absolute Zumutung: Wir können dort u.a. einen Gedanken lesen, in dem die Schönauer BürgerInnen darüber aufgeklärt werden, das nicht nur bereits das Pogrom für sich genommen schon verabscheuungswürdig genug sei, auch nicht als "Entgleisung" zu betrachten sei, sondern daß es sich dabei "um Gleise (handelt), die gestern nach Auschwitz führten und heute zielsicher vors Flüchtlingslager." (S. 93) Da diktierte doch tatsächlich das Bonmot von "Entgleisungen" und "Gleise", den Gedanken, was in der Konsequenz leider zu Lasten des letzteren geht. Denn die dabei angegebene Richtung nach Auschwitz ist, vielleicht moralisch verständlich, analytisch jedoch eine nicht durch die Geschichte gedeckte Assoziation.

Überhaupt diskutiert lupus das Pogrom und die Ereignisse auf der Schönau nur auf der Basis einer Täter-Opfer Folie. Lupus schreibt von 300 Leuten die sich an dem Pogrom beteiligt haben. Was ist aber mit den "Zuschauern" des Pogroms? Nichts wissen wir über sie, die lupus in seinen Ausführungen keinen Gedanken für würdig befindet, außer vielleicht den, diese Leute

---

[2] So beamte sich beispielsweise Ingrid Strobl vom Standpunkt der heroischen "Antizionistin" der 70er Jahre, zwei Jahrzehnte später, zur mutigen Vertreterin eines "Anti-Antisemitismus" der 90er Jahre. Dabei bog sie sowohl unter dem einen, als auch dem anderen Vorzeichen, historische und aktuelle Sachverhalte mit großer Geste immer irgendwie so hin, wie`s gerade in den eigenen, schön formulierten, Kram paßt. Insofern hat sich nichts verändert!

[3] Auf S. 70 ist sogar eine völlig unkommentierte Zitierung des Faschistentheoretikers Weißmann zu finden. Das ist ein bedenkliches Verfahren

[4] In Stuttgart betrachtet W. Pohrt die Welt durch die Brille der "Stuttgarter Zeitung"; und der in Nürnberg lebende R. Kurz genießt dort die Lektüre der "Nürnberger Zeitung" zum Frühstück.

gleich mit unter die Pogromisten zu subsumieren. Und so stellt die vermeintliche "Analyse" etwas her, was sie doch - gemessen an einer doch praktisch werdenden emanzipatorischen und humanen Zielvorstellung - auseinander zu sortieren hätte: Die von den Nazis und von Rassisten so innig herbeigesehnte "Volksgemeinschaft".

Fassen wir zusammen: Wenn der Blick entschlossen auf das "Völkische" gerichtet ist, kann eigentlich immer nur soetwas wie das Anti-Völkische dabei herauskommen. Und unter der Hand wird diese wabernde Begrifflichkeit zu einem Zwangsjackett im Sinne eines Gegenkonsens, der auch noch dazu dienen soll, sich daran zu formieren. Aus dem von lupus gewählten Zugang zur Welt können in aller Regel nur die dubiosen Auseinandersetzungen linker Kritikaster und `intelligenter` DefinitionskämpferInnen folgen: Und niemand sage, daß es da kein großes Angebot gäbe: Die Palette reicht in diesem Zusammenhang von Faschisierung, Amerikanisierung, neue Proletaritäten, totalitäre Weltmarktdemokratie, Festung Europa, Beschreibungen die nun von lupus um einen "rassistischen Konsens" erweitert werden. Jeder möge sich davon das aussuchen, was ihm selber am besten in den Kram paßt. Meinetwegen soll dann der Radikalste der sein, der die Verhältnisse nicht nur "völkisch" oder bloß "völkischer", sondern am absolut "völkischsten" findet. Aber niemand möge diese beliebig herausgesuchten Behauptungen als eine fundierte oder gar kritische Gesellschaftsanalyse ausgeben. Es ist nur die alte, ganz falsche Leier: Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es scheint wohl noch immer darauf anzukommen, allen diesen Interpretationen lediglich eine weitere hinzuzufügen! Genug polemisiert! Ich will es ganz umgangssprachlich, unmißverständlich und deutlich formulieren: "Die, die `völkisch` sind, verstehen die von lupus probierte Analyse nicht. Und die`s nicht sind, und auch nicht sein wollen, brauchen` s nicht!"

5. Und was sonst noch?

In dem Büchlein ist eine neubearbeitete Fassung einer der schriftlichen Gründungsurkunden der westdeutschen autonomen Bewegung unter dem Titel: "Stand autonomer Bewegung", ursprünglich aus dem Jahre 1987, zu finden. Ein wirklich sehr schönes Fundstück! Dabei erscheint jedoch die von lupus am Textende aufgestellte Behauptung, daß dieser Text auch heute noch "als aktueller Beitrag (fast) unbemerkt durchgegangen" wäre, mehr als gewagt. Sie provoziert bei genaueren Nachdenken die Frage, was eigentlich bei dem, vor knapp einem Jahrzehnt abgefaßten, Text schon damals falsch gewesen sein muß, daß man sich traut heute noch soetwas zu sagen. Gelungen ist auch die von lupus in einer Vielzahl von Perspektiven vorgenommene komplette Demontage eines Antifa-Begriffes. Leider scheut lupus dabei vor der letzten Konsequenz aus diesen Überlegungen zurück, und vermeidet die notwendige Diskussion, ob demzufolge der Begriff des "Antifaschismus" einer politisch emanzipatorischen Praxis eher im Wege steht, und demzufolge nicht - mit aller gebotenen kritischen Umsicht! - abgeräumt werden müßte. Deprimierend erscheint mir die am Schluß des Buches vorgenommene Kritik an den sozialen Basisbewegungen der 80er Jahre. Sie ist nicht etwa schonungslos, sondern im Unterton vernichtend. Als Erinnerung an die hundertausende, die in Wackersdorf mit guten Gründen und sozialen Interessen gegen die WAA gestritten haben, bleibt in der von lupus gewählten Betrachtungsweise nur noch, daß es in der Bewegung Sexismus gegeben hat, und das auch ein paar Faschisten sich dort haben sehen lassen. Wer hätte das alles gedacht?



Ganz vergessen wird dabei, daß autonome Politik in den 80er Jahren für die, die dabei mitgemacht haben, immer auch "mehr" war, als nur Politik zu machen. ja, das diese "Politik machen" in den besten Zeiten sogar ganz aufhörte "Politik" zu sein. Da es aktuell scheint, daß dieses "mehr" derzeit in einer gesellschaftlichen Praxis nicht beschrieben werden kann, außer vielleicht in einer militanten Negativabgrenzung zu sozial weit von Autonomen entfernten Phänomenen, hört dann erstmal auch der banal funktionalistische Rest des "Politik machens" auf. Folgt man den wesentlichen Argumentationslinien von lupus, so steht zu befürchten, daß es für die Zukunft weder eine "autonome Politik" noch darauf bezogen, ein "mehr" geben wird. Verdammt! Scheiß Resignation! Die lupus-gruppe soll den Autonomie-Kongreß dafür benutzen, die wesentlichen Gedanken und Überlegungen ihres Buches darzustellen und einer vielstimmigen Kritik aussetzen.

Pawel Kortschagin[5]

autonome lupus gruppe: "Lichterketten und andere Irrlichter Texte gegen finstere Zeiten", Edition ID Archiv, Berlin 1994

---

5 Veröffentlicht nach heftigen Widerspruch von Valeska du Rois. In den Text sind an einigen Stellen noch die Gedanken von Bobulina Tscherkassow eingeflossen. Großer Dank an beide.

Der Kongreß von Bologna: Die Bewegung ohne Perspektive

In Paris verfaßt eine Gruppe französischer Intellektueller einen Aufruf gegen die Repression in Italien (siehe Kapitel 10). Die Initiative entzündet unter den italienischen Intellektuellen eine scharfe öffentliche Auseinandersetzung über ihre Rolle im politischen Zusammenstoß zwischen dem Parteiensystem und der Bewegung. Die Debatte überschreitet bald die offiziellen Orte der Intellektuellenszene und konkretisiert sich im Vorschlag eines nationalen Kongresses der Bewegung zur Repression im September in Bologna.

Die PCI, die die Stadt regiert, widersetzt sich dem Projekt nicht, im Gegenteil, sie akzeptiert die "Herausforderung", während fast die gesamte Presse eindringlich katastrophenhafte Szenarien ausmalt, in denen Horden von bewaffneten Truppen eine allgemeine Plünderung und Verwüstung entfesseln könnten. Der Innenminister ordnet in diesem Zusammenhang den Einsatz von sechstausend Polizisten an, die die neuralgischen Punkte der Stadt besetzen sollen, vor allem das Gefängnis, wo einige Angehörige der Bewegung sitzen, die die Justiz für das "Komplott" der Aufstandstage im März verantwortlich macht. Auch der lokale Verband der PCI aktiviert alle seine Militanten mit Aufgaben der "Kontrolle und Überwachung", nachdem er durch den Mund seines Führers und Bürgermeisters der Stadt, Zangheri, hatte proklamieren lassen: "Bologna, die freieste Stadt der Welt."

In der Bewegung schafft die Nachricht vom Bologneser Treffen eine nie da gewesene Mobilisierung. Am 22., 23., 24. September wird Bologna von hunderttausend Jugendlichen überflutet, die aus ganz Italien kommen, auch aus der tiefsten Provinz. Eisenbahnzüge, Busse, Kolonnen von Autos bringen Ströme von Leuten, bepackt mit Rucksäcken, Decken, Schlafsäkken, Kostümen und Musikinstrumenten. Die Straßen des Zentrums werden von einem ununterbrochenen Strom von Personen bevölkert. Plätze, Parks und öffentliche Gebäude verwandeln sich in riesige Zeltlager. Auf den Straßen wird gemalt, getanzt, gesungen, gespielt, man macht und hört Musik, Theater und Kunststücke.

Aber es handelt sich nicht nur um ein "dauerndes Fest", das als Bedürfnis erlebt wird, sich zu treffen, miteinander zu sprechen und den ganzen Reichtum der unterschiedlichen Erfahrungen auszutauschen. Zusammen mit der festlichen Masse der anonymen Mitglieder der Bewegung treffen in Bologna auch die "Truppen" der organisierten politischen Gruppen und "Beobachter" der erstarkenden bewaffneten Formationen ein. In jenen Tagen stellen sich alle Organisationen der "politischen Führungsschicht" der Bewegung wieder der altbekannten Frage: Das Problem der strategischen Linie der Organisation und des Programmes zu lösen. Alle organisierten Gruppen treten an, jede mit ihrer schon vorher festgelegten Position, mit viel Sektierertum und wenig Bereitschaft, irgendeine Homogenität zu suchen.

Verlag der Buchläden
Schwarze Risse Berlin/Rote Strasse Göttingen

Arbeiterautonomie, Jugendrevolte
und bewaffneter Kampf in Italien

Nanni Balestrini, Primo Moroni
Die goldene Horde

Im Sportpalast stoßen zehntausend Militante eher aufeinander, als daß sie sich miteinander auseinandersetzen. In einigen Momenten kommt es sogar zu körperlichen Aueinandersetzungen. Der Sportpalast wird Arena und Bühne, wo jede politische Position ihre Vorstellung gibt und erklärt, daß sie auf jeden Fall von diesem Moment an ihr eigenes Projekt weiter verfolgen wird. Die einzigen taktischen Allianzen zeichnen sich zwischen den Gruppen der Autonomia Operaia Organizzata mit dem Ziel ab, die formale "politische Führung" über die Bewegung zu erobern. Für diese Gruppen ist es eine Darstellung der Macht, die symbolisch durch die "Ausschließung" der anderen, als rechts betrachteten Gruppen der Bewegung erreicht wird. So erfolgt der Ausschluß, erst der MLS, dann von Avanguardia Operaia und schließlich von Lotta Continua.

Die große Mehrheit der Bewegung erlebt mit widersprüchlichen Gefühlen die Spaltungen, die an dem Ort passieren, der eigentlich bestimmt war, die prinzipiellen strategischen Probleme politisch zu lösen, die die Bewegung seit Monaten peinigen. Unduldsame Fremdheit und angstvolle Erwartung des Ausgangs der größten von der Bewegung organisierten Debatte mischen sich und wechseln sich drei Tage lang ab. Wichtig ist hier die Position der kreativen Komponente, die ihr Zentrum gerade in Bologna hat.

Alle waren mit großen Erwartungen nach Bologna gekommen, die dann enttäuscht worden sind. Auf die Frage nach einer post-organisatorischen Lösung schlugen die politischen Kader als Antwort das alte Modell vor, und die anderen hatten weder die Energie noch die Erfindungskraft für eine neue politische Lösung, da es eine politische Lösung nicht gab.

Die imponierende und beeindruckende Demonstration zum Abschluß des Kongresses zieht Stunden um Stunden vorbei. Trotz der verbalen Aggressivität der Slogans gibt es keinen Zusammenstoß mit der Polizei. Am Ende begleitet ein subtiles Gefühl von Bitterkeit, Enttäuschung und Frustration die Leute in ihre Regionen und zu den Orten ihres Lebens und Kampfes. Alle versprechen weiterzumachen, voranzugehen, aber niemand kann vor sich selbst die dramatische Frage verheimlichen: Vorwärts - wie? Voran - wohin?

Piazza Statuto, der Beginn des Zusammenstoßes

Dann kommen alle, von allen Gewerkschaften und aus allen Fabriken. Viele junge Arbeiter, die gleichen, die die Streiks in den Fabriken in Schwung gebracht hatten ... Mit jeder Stunde werden sie zahlreicher, sie werden Tausende. Auch die Polizisten werden mit der Ankunft des Battaglione Padova der Bereitschaftspolizei und seinen Jeeps und Mannschaftswagen, die in Voraussicht des Tarifstreiks nach Turin verlegt worden sind, zahlreicher.

Um 11.00 Uhr am Sonntag dem 8. Juli, befinden sich bereits wieder Tausende von Personen rings um die Piazza Statuto; es gibt einen riesigen Aufmarsch der aus dem Veneto und der Emilia herbeigeschafften Polizei und Karibinieri, die sofort eingreifen, um die Demonstranten zu zerstreuen, wieder und wieder, viele Male, aber sie zerstreuen sich nicht. Dieser Zusammenstoß, der andauert und nicht aufhört, dieser Druck, der sich entladen muß und keine Argumente aus den Institutionen hören will, macht Eindruck. Am Montag, dem 9. Juli, ist die Situation vor den Fabriken, wo sich Polizei und Streikposten gegenüberstehen, erneut gespannt, und dann strömen wieder Tausende von Demonstranten zur Piazza Statuto. Am dritten und letzten Tag von 11.00 bis 2.00 Uhr nachts ununterbrochen Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei: immer häufigere *caroselli*, wiederholte Einkreisungen der Piazza durch die Ordnungskräfte und Schlagstockeinsätze, die vom Zentrum aus strahlenförmig nach außen durchgeführt werden. Dabei wird nicht mit Tränengaspatronen gespart, was zu einer Einnebelung der ganzen Zone führt.

Aber erneut und trotz der eingesetzten eindrucksvollen Mittel und der Härte der Repression (die Festgenommenen erleiden fast alle die "galleria", wenn sie in der Kaserne ankommen) gelingt es Polizei und Karibinieri nicht, die Piazza dauerhaft zu besetzen. Nach drei Tagen Kampf beginnen die Gruppen der Demonstranten sich zu koordinieren, sind sehr mobil und bilden sich immer wieder neu, dort, wo sie gerade noch zerstreut worden waren. Hartnäckig bauen sie Barrikaden, benutzen Zwillen und schlagen sich mit der Polizei. Am Dienstag, um 2.00 Uhr nachts gelingt es einer Armee von Polizei und Karibinieri, die Piazza zu erobern und zu halten. Die Zusammenstöße der Piazza Statuto sind beendet. Die Repression wird äußerst hart sein. Und darüber hinaus wird man über die Ereignisse auf der Piazza Statuto allen möglichen Unfug lesen und hören müssen.

Am Samstag, dem 7. Juli gegen 16.00 Uhr beginnen die *caroselli* der Polizei, die Steinhagel, die direkten körperlichen Zusammenstöße, die Prügelei mit Schlagstöcken, die Festnahmen, die Tränengaseinsätze. Später dann, gegen Abend, hat ein Versuch des Sekretärs der Arbeiterkammer von Turin, die eigenen Anhänger hinter sich und von hier fortzubringen, keinen Erfolg. Niemand folgt ihm. Selbst ein angesehener Führer wie Giancarlo Paietta (PCI Politiker) wird in jenen Stunden in der Umgebung der Piazza Statuto hilflos umherirren. Unterdessen hat sich die Nachricht von den Zusammenstößen in der Stadt verbreitet, viele, die von Anfang an da waren, laufen los um andere zu holen. Alle kehren zurück, und ab 18.00 Uhr kommen sie immer zahlreicher über die Haupt- und Nebenstraßen, die auf die Piazza Statuto münden. Von 19.00 Uhr bis 4.00 Uhr morgens gibt es praktisch keine Pause in den Zusammenstößen, die von seiten der Polizei und der Demonstranten immer gewalttätiger werden. Abwechselnd besetzen sie Orte auf der Piazza oder drumherum, die sie einige Augenblicke vorher aufgegeben hatten.

Vorsicht vor den Tunneln!

Durch den Tiergarten, Berlins "Grüne Lunge" sollen mehrere Tunnel gebaut werden, die auf Kosten der Grünfläche gehen werden, und eventuell sämtliche Bäume der Umgebung durch Grundwasserabsenkungen in Mitleidenschaft ziehen.

Besonders der Straßentunnel, erregt den Zorn der Berliner Bevölkerung, da er Ausdruck eines völlig überholten Verkehrskonzept ist, nämlich der Versuch noch mehr Autoverkehr in die Innenstadt zu stopfen. Daher wurde in der Einspruchsfrist fast 20.000 Einsprüche von BerlinerInnen gegen das Planfeststellungsverfahren eingewendet.

Aber auch der geplante Eisenbahn- und der U-Bahntunnel ist von der Planung her sehr umstritten. Der Eisenbahntunnel wird nur sinnvoll, wenn Berlin einen zentralen Monsterbahnhof bekommt (am Lehrter Bahnhof) und wird unglaubliche Geldmengen verschwenden. Letzteres gilt auch für den U-Bahn-Tunnel, für den es einen billigen und ebenso leistungsfähigen Alternativplan mit Straßenbahnen gibt, den der Senat jedoch ignoriert. Lieber werden die BVG-Preise stetig erhöht.

Um gegen eine solche unglaubliche Verkehrspolitik zu protestieren gibt es noch bis zum 7.April auf dem Erörterungstermin des Planfeststellungsverfahrens mit den Planern klartext zu reden. Leider arbeitet der Staat mit allen Tricks, und nur Leute mit Einladung werden vorgelassen. Daher wenden sich Interessierte bitte an die:

Anti- Tunnel- GmbH im Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165
10117 Berlin Mitte
Tel.:7849161

außerdem gibt es ein aktuelles Info Telefon:
Tel:615 005 52

Achtung, Nazi-Auto!

Bei einem hellgrünen Trabbi mit weißem Dach nd dem Kennzeichen B-HT 2807 handelt es sich um ein Auto von Faschisten. Mit diesem verfolgten mehrere Nazis am Samstag, den 11. März '95 nach dem Fußballspiel BFC-Türkiyemspor eine mit Antifas vollgestopfte Straßenbahn und provozierten mit Hittergruß und ähnlichem.

Land und Freiheit

Ein Interview mit Amado Avedaño

„Das wichtigste ist der Abzug der Armee“

Amado Avedaño wurde von der Versammlung des chiapanekischen Volks als legitimer Sieger der Wahlen im August anerkannt. Allerdings führte die Weigerung der mexikanischen Regierung, dieses Wahlergebnis zu akzeptieren, zu der ungewöhnlichen Situation, daß in Chiapas zwei Monate lang neben einer „legalen“ Regierung unter dem jetzt zurückgetretenen Eduardo Robledo eine von Avedaño angeführte „Rebellen-“ bzw. „Übergangsregierung“ bestanden hat.

Frage: An erster Stelle dieses Interviews die obligatorische Frage, wie Sie die Ereignisse der letzten Woche in Chiapas einschätzen, wo die Militäroffensive zu einer angespannten Haltung des Abwartens geführt hat?

Antwort: Auch uns hat das Vorgehen einer Bundesregierung überrascht, die die sozialen Kämpfer des Urwalds zuerst als Gleichgestellte ansah und sie dann plötzlich zu Kriminellen machte. Wir glauben, daß diese Kehrtwendung darauf zurückzuführen ist, daß die mexikanische Regierung zur Zeit einen Kredit von über 50 Milliarden Dollar mit internationalen Spekulanten aushandelt. Dazu kommt noch der Druck aus dem Inneren der Staatspartei, Druck aus der Führungsspitze der Armee und durch die nationalen Spekulanten, die ihre wirtschaftliche und politische Stellung auf Internationaler Ebene nicht verlieren wollen. Wir glauben, daß dieser Druck von verschiedenen Seiten Präsident Ernesto Zedillo gezwungen hat, sich auf die Zapatisten zu stürzen.

Der Rücktritt von Robledo

F.: Wie wird in der „Rebellen-Regierung“ der Rücktritt von Eduardo Robledo und der Vorschlag von Neuwahlen in Chiapas eingeschätzt?

A.: Wir bewerten den Sturz von Robledo als die Erfüllung der zweiten Bedingung für die Aufnahme des Dialogs in Chiapas. Die erste, bereits erfüllte, Bedingung war die Anerkennung des Nationalen Vermittlungsausschusses, dem der Bischof Samuel Ruíz vorsteht. Dies ist die zweite. Die dritte und wichtigste Bedingung ist, daß sich die Armee in ihre Kasernen zurückzieht und die Verfolgung der Zapatisten einstellt, denn auf dem Weg, der zur Zeit verfolgt wird, werden wir niemals zu einer friedlichen Zusammenkunft kommen.

• • •

F.: Wie hat das übrige mexikanische Volk auf die Militäroffensive gegen die Zapatisten und das Volk von Chiapas reagiert?

A.: Die Reaktionen haben uns sehr gestärkt: landesweit sind in verschiedenen Provinzhauptstädten und in Mexiko-Stadt eine ganze Reihe von Protestaktionen gegen die Eskalation eingeleitet worden, die die Bundesregierung gegen die Zapatisten betreibt.

F.: Sie hatten vor, einen Protestmarsch von Chiapas aus in die Bundeshauptstadt durchzuführen. Werden Sie diese Initiative aufrecht erhalten?

A.: Ja, so ist es. An erster Stelle ist dazu anzumerken, daß die Abstimmung dieser Entscheidung auf der letzten Versammlung des chiapanekischen Volks erfolgte, die damit beauftragt ist, die Route festzulegen, über die wir ab morgen zur Hauptstadt marschieren, in der wir am 17. März ankommen wollen.

F.: Auch wenn die Antwort darauf sehr schwierig ist, wollten wir Sie fragen, wie Sie die Zukunft für Chiapas sehen?

A.: Ja, das ist schwierig, denn täglich passieren Dinge, die nicht in unserem Kalender gestanden haben und die unmittelbare Zukunft definitiv verändern. Wir wissen wirklich nicht, was morgen sein wird. Trotzdem sind wir weiterhin fest entschlossen. Das Volk ist entschlossen, für Demokratie zu sorgen, und ich glaube, daß es ihm gelingen wird.

Neuwahlen

F.: Wird dazu der Vorschlag beitragen, Neuwahlen in Chiapas auszurufen, mit dem sich Robledo verabschiedet hat?

A.: Nein. Wir sind der Ansicht, daß wir unter den heutigen Gesetzen nicht zu Wahlen gehen können. Zuerst müssen neue Gesetze geschaffen werden, denn bei den heutigen Gesetzen wählen zu gehen, würde nur der Regierungspartei nützen.

F.: Könnten Sie uns zum Abschluß dieses Interviews sagen, was man Ihrer Meinung nach machen kann, um Ihren Kampf von außen zu unterstützen?

A.: Sie unterstützen uns faktisch ja schon. Wir haben Berichte aus verschiedenen spanischen Städten erhalten, in denen vor und in den mexikanischen Konsulaten protestiert worden ist. Sie helfen uns allein schon dadurch sehr viel, daß Sie die Nachrichten aus Chiapas verbreiten, denn dies zwingt die mexikanische Regierung dazu, eine Lösung für das Problem der fehlenden Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit in Chiapas zu suchen. Wir bitten Euch, uns in diesen Momenten nicht allein zu lassen.

aus *Egin* (Zeitung der baskischen Herri Batasuna), Sonntag, den 19. Februar 1995.

An alle, die mit den Zapatisten solidarisch sind

Der Aufruf »Unsere Solidarität gilt den Zapatisten« vom 13. Februar hat viele Unterzeichner gefunden. Diese Solidaritätsadresse sowie eine Erklärung der EZLN sind als Plakat gedruckt, zum Aushang in Buchläden, Kneipen und sonstigen öffentlichen Orten. *Land und Freiheit* als Informationsbulletin soll je nach auflaufenden Nachrichten, Kommuniqués der EZLN und Augenzeugenberichten erscheinen und möglichst weitgestreut verbreitet werden. Für dieses Projekt einer Informationsbeschaffung und Verbreitung bitten wir Euch um Spenden und Mithilfe. Sollte die Spendenhöhe unsere Sachkosten überschreiten, werden wir das Geld an die EZLN weiterleiten.

Was getan werden kann:

1) Spenden; 2) das Informationsbulletin *Land und Freiheit* verbreiten. Durch Nachdruck, Verteilung am Wohnort, Weitergabe etc; 3) das Plakat in Kneipen, Universitäten, Buchläden, Jugendhäusern u. sonstigen öffentlichen Orten aushängen; 4) Spenden sammeln usw... Wichtig wären regionale u. lokale Verteiler, um die Kosten für den Versand auf einem niedrigen Niveau zu halten.

Wir bitten um eine schnelle Rückmeldung und hoffen auf eine rege Teilnahme an diesem Solidaritätsprojekt. Wir erstellen derzeitig einen Verteiler für die Materialien.

Sonderblätter der Zeitschrift Die Aktion. Redaktion und Verlag: Edition Nautilus, Am Brink 10 / 21029 Hamburg. Tel: 040 / 7213536. FAX: 040 / 7218399. Presserechtlich verantwortlich: Lutz Schulenburg, Hamburg. Wer das Erscheinen dieser Blätter unterstützen möchte, überweist seine Spende auf das Postgiro: H. Mittelstädt, Konto-N0. 2157 32-204, BLZ 200 100 20 Postscheckamt Hamburg; Stichwort:Chiapas.

tschuldigung für die verspätung

hallo!,
hier meinerseits ein paar anmerkungen zu den "anmerkungen und fragen zum letzten titelbild" (interim 319)
irgendwie fand ichs verwunderlich das ihr eure gedanken zu solchen fragen mal äußert...warum gerade jetzt und nur bei diesem bild? warum nicht in jeder ausgabe und zu jedem bild. bilderklau bzw. das bilder aus seinem eigenen (und sich daraus erklärenden) kontext herrauszunehmen und für eigene zwecke zu verwenden,ist gängige praxis der "scene" und sicherlich auch der interim (die geschichte dessen: von DADA über PUNK bis hin zum RADIKAL layout macht das deutlich genug) wenn ich zb. ein foto aus einer broschüre des senats (zb ein berlinfoto) herrausschneide, dann dazu schreibe "gegen ein berlin der bänker bonzen" etc. dann tue ich <u>ähnliches</u> wie ihr es nun für das titelbild getan habt (ich neheme bilder/grafiken/fotos des politischen gegners und besetze diese mit meinen inhalten, <u>versuche</u> sie umzucodieren.
blöd finde ichs, wenn mit bildmaterial völligstens willkürlich auflockernd/illustrativ umgegangen wird zb so.:auf dem titelbild interin nr. ist eine etwas dickliche frau zu sehen, die einen speer hält: kein sog. schönheitsideal,rebellisch antipatriachal, emmanzipiert, stark...so sehen wir SIE gerne(...) einen hinweis, daß dieses bild aus einem ausstellungsprojekt einer einer femministischen fotokünstlerin stammt und daß dazu noch mehr zu sagen wäre finde ich nirgends...nun wurde bei diesem beispiel der inhalt vielleicht nicht umgekehrt oder verdreht, jedoch aus dem kontext des projektes gerissen und somit auf symbolik reduziert...schade drum! ob mit so etwas (mit der reduzierung auf symbolik) einer vereinnahmung durch den mainstream „vorschub geleistet„ wird oder wie verhält sich **form** zu **inhalt** wäre eine lohnenswerte disskusion.
vieles von dem was linke gegen/sub kultur herrvorgebracht hat ist vom mainstream (oder gar explizit rechten) vereinnahmt worden. punk hat das grafik-design revolutioniert (das weglassen des rasters beim layout zb...), viele linke symbole finden sich in der mode wieder (zb. hammer und sichel...). -eine stunde MTV schauen und du findest fast alles an grafik wieder von dem was mal für dich mit oppositionell in verbindung stand.
zum titelbild:
1. ihr seit nicht die ersten; die dieses plakat aus der US-amerikanischen kriegspropagenda profeministisch umcodieren zu versucht. netter versuch...!
2. zu eurer aufgeworfenen frage, ob"die ästehtik des bildes mit dem neuen inhalten die das bild vermitteln soll noch im einklang steht", in diesen fall also - wie ist es wenn eine ursprünglich reaktionär gelesene ästehtik in einem neuen kontext emanzipatorisch gelesen wird? ob es in diesem falle funktioniert, da bin ich mir nicht so sicher...ob das frauenbild welches dort gezeigt wird ein emanzipatorischen charakter hat...(bzw. was ist **das** für ein frauenbild?)
3. wie bilder und deren ästehtik gelesen werden hängt doch immer von dem kontext ab in dem sie gelesen werden und natürlich von wem sie gelesen werden warum habt ihr nicht genauer versucht zu beschreiben wo genau eure zweifel lagen
auf der interim verstehe ich das plakat wohl schon wie ihr es gemeint habt oder?-frauen werden es anders lesen als männer...interessant wirds in diesem fall, wenn ein/e us-kriegsveteran/in interim liest...

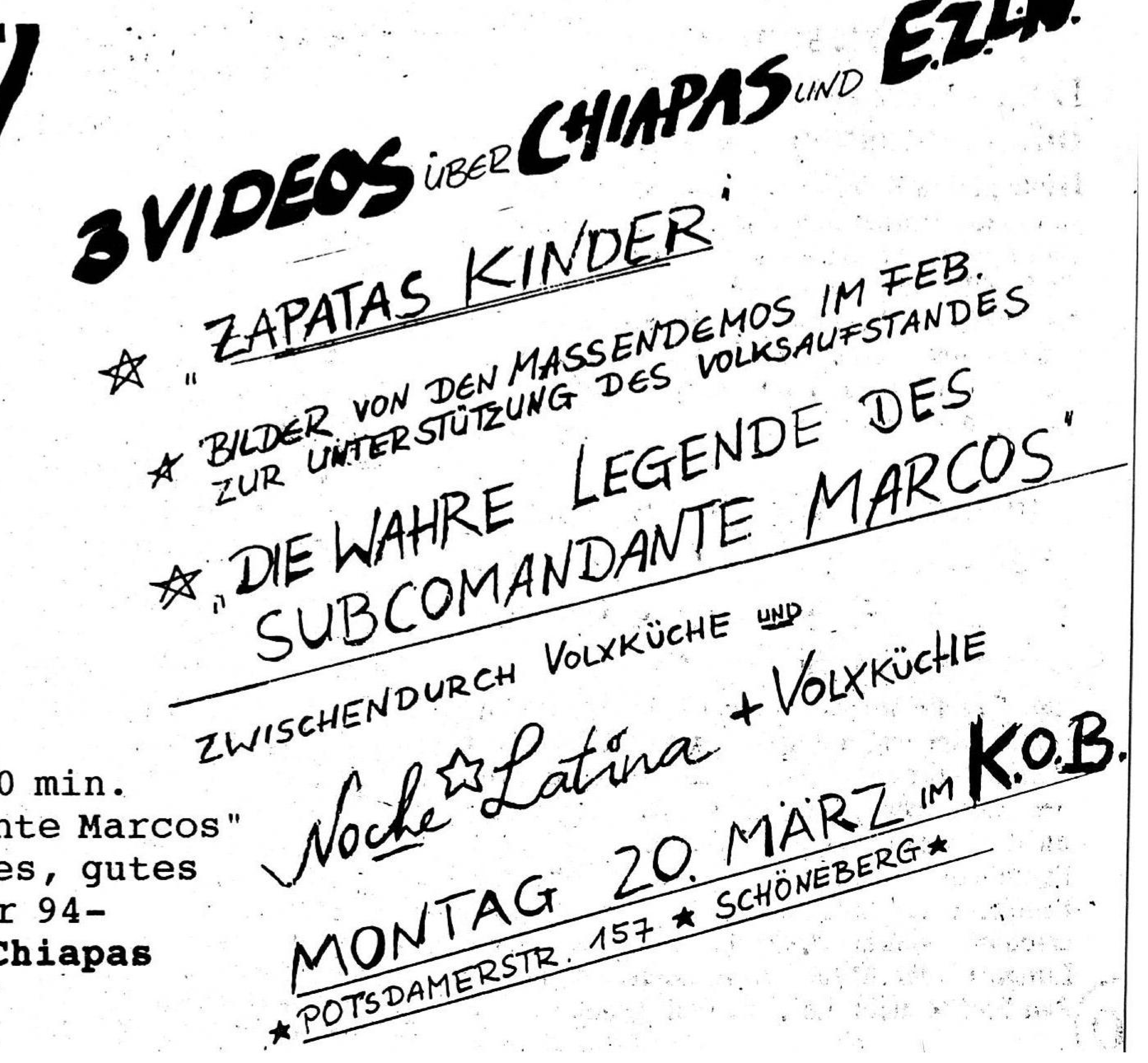
can we do it?

einer aus der „kultur"-AG zum autonomie kongreß

Solidarität mit den Aufständischen in Chiapas

Als Sonderheft erschien in der Ausgabe 129/132 der Zeitschrift Die Aktion: Marta Durán de Huerta Patiño, **VIVA ZAPATA! Gespräche mit Subcomandante Marcos in Chiapas.** Außerdem enthält diese Ausgabe noch: Antonio Garcia de Léon, **Die Motive für Chiapas.** Eine Analyse der sozialen und politischen Hintergründe des Aufstandes. 80 Seiten, 12,- DM.
Außerdem erschien im Verlag Libertäre Association das Buch: **¡ YA BASTA! Der Aufstand der Zapatistas.** Herausgegeben von den Topitas. 364 Seiten, 28,- DM





Mittwoch 22.3.95 20 Uhr
Video der arte-Sendung vom 8.3.,60 min.
"Die wahre Legende des Subcomandante Marcos"
-Eindrücke des Aufstands und langes, gutes Interview mit "Marcos" vom Oktober 94-
sowie **aktuelle Infos zur Lage in Chiapas**
in der **Yorckstr. 59 HH 2. Stock**



Samstag, 18.3.95 21.00 Uhr — Neue Videoreihe im CLASH - FrauenMordenMännerFilme: **"Rote Sonne"**, R: R. Thome, D: U. Obermeier, M. Bohm, BRD '69

Sonntag, 19.3.95 21.00 Uhr — ab 18.00 Uhr Spieleabend im CLASH. Anschl. Leichte Videokost im CLASH: **"Eins, Zwei, Drei"**, Eine Kommödie im "Kalten Krieg", R: Billy Wilder

Mittwoch, 22.3.95 21.00 Uhr — Antifaschistische Videos im CLASH: **"Sein oder nichtsein"**, R: E.Lubitsch, Vorzeitige Abrechnung mit dem Nationalsozialismus. USA 1942

Donnerstag, 23.3.95 FrauenLesbenAbend im CLASH

Veranstaltungsprogramm des Anarchistischen Ladens März 1995:

Europa kocht auf dem Kriesenherd?

Do. 16.März 19Uhr

Infoveranstaltung, Dias Diskussion

Heute gibt es Krieg in Jugoslawien und dem Kaukasus. Immer näher an der Europäischen Union toben Nationalistische Kriege, in denen die Bevölkerung unter die Messer kommt. Der Nationalismus bekommt die Eigenschaften gefährlicher Drogen: Erst berauschend, dann tödlich. Die Situation in Grosny wird im Vortrag näher beleuchtet.

Tiergarten-Von der Kulturlandschaft zur Großbaustelle

Do. 23.3. 19Uhr Vortrag & Bilder

Über Stadtentwicklung in Berlin.

Die Geschichte des Tiergartens ist aufgrund seiner Lage eng mit der Entwicklung der Stadt Berlin verknüpft. War er anfangs Jagdrevier des Kurfürsten, und fürs "gemeine" Volk nicht zugänglich, entwickelte sich die Parkanlage zunehmend zum Platz der Erholung für alle. Doch nach der Wende erschien vielen Städteplanern eine grüne Lunge in der Mitte Berlins angesicht großer Bau-Profite nicht mehr wertvoll genug.

Moldawien & die Demokratie

Fr. 24. 3. 19Uhr mit Gastreferent

Der Gast dieses Abends, Igor Hergenröder, berichtet über die Lage in Moldawien. Er war als Mitglied einer basisdemokratischen Gruppe in Moldawien harten Represionen ausgesetzt. Dank der Hilfe internationaler Solidarität u.a. durch die Berliner FAU konnte er Moldawien verlassen und in Deutschland "Asyl" erhalten. Er berichtet über die aktuelle Situation in Moldawien.

ANARCHISTISCHER LADEN

Rathenower Str. 22, 10559 Berlin Tel.:3946167

U- Bahnhof Birkenstrasse

Öffnungszeiten:

Mo.: 17-20 Uhr Cafe,
Di.: 17-20 Uhr Cafe, Di. 20 Uhr FAU
Mi.: 17-20 Uhr Cafe,
Do.: 17-20 Uhr Cafe, 20 Uhr action
Fr.: 17-20 Uhr Cafe, + Food Coop

Im Cafe gibt's aktuelle linke Veröffentlichungen, eine kleine Bücherei mit Archiv, neueste Info's und Kaffee+Tee natürlich! Wir freuen uns immer über Hilfe, InteressentInnen an den Gruppen, neue Gruppen und ganz besonders über Spenden:

Postbank Berlin Kto.Nr.: 4897 67-107 "F.d.d.A."

Die Kneipe im Wedding

Clash

Uferstr. 13. Berlin Wedding. U 9 Nauener Platz. U 6 Pankstr. tägl. ab 18 Uhr. Do FrauenLesbenabend

AntiFa-Café-Wedding

in der Putte, Osloerstr. 12, 2.HH, 2.Etage

Sonntag 19.03.95, um 17.00 Uhr:

Info- und Diskussionsveranstaltung zum Thema unterschiedliche Strategien zur Bekämpfung antischwuler Gewalt. Das "Schwule Überfall Telefon: 216 33 36 und die "Schwule Antifa" stellen ihre verschiedenen Ansätze vor.

Das "Schwule Überfall Telefon" existiert seit 1990 und bietet Opfern antischwuler Gewalt nicht nur kurzfristige Hilfe, sondern vor allem längerfristige Unterstützung an (z.B. Behördengänge).



Die "Schwule Antifa" *arbeitet unabhängig* u. a. zum Thema der Verfolgung Schwuler, unterstützt aber auch Projekte und Menschen, die Opfer rechter-, staatlicher- oder antischwuler Gewalt werden, auf eher unkonventionelle Art



Sonntag

Köpi 137

Sa. 18.3. VIVA ZAPATA
ab 21.00 Essen.Info's.Filme
anschließend Solikonzert mit
UZ ISME DOMA (CR)
jeden Sonntag Frühstück ab 12.00
von 16.00 bis 20.00 Spätkauf
(weiterverkauf von Lebensmittel aus
berliner Flüchtlingsheimen.
BARGELD FÜR ALLE)
Mo. Kneipe
Di. 20.00 Volxküche.vegetarisch
Vorbereitungstreffen Spasstage
14.-17.April
Do.23.3. Kino
Mangacomix - Video's

EINLADUNG

Liebe Leute,

wir, selbstorganisierte Tamilinnen und Tamilen, haben gegen Behördenwillkür und rassistischem Alltag eine eigene Beratungsstelle und eine tamilische Bibiliothek aufgebaut.

Wir sprechen Euch, die uns immer kennenlernen wollten, mit dieser Einladung an.

Nach der Renovierung der Räume haben wir nun die Möglichkeit, am

19.03.95 um 15.00 Uhr

mit Euch zusammen bei Kaffee und Kuchen einzuweihen.

Wir freuen uns auf Euren Besuch!

Ihr findet uns im Mehringhof, Aufgang III, 2. Stock rechts.

Bis bald.

Eure TamilInnen

Veranstaltung: 23.3.1995 20 00

Serbien muß sterbien

Der deutsche Imperialismus auf dem Balkan

Seit Beginn des jugoslawischen Bürgerkrieges ist die BRD„diplomatische" Kriegspartei. Nun droht ein massives militärisches Eingreifen auf der Seite des deutschen „Zöglings" Kroatien. Während ehemalige PazifistInnen reihenweise ins Lager der Kriegstreiber übergelaufen sind, beweist die radikale Linke ihre Kriegstauglichkeit durch beharrliche Ignoranz.

Wir werden auf dieser Veranstaltung:

1. die deutsche Sonderrolle auf dem Balkan und
2. die umfassende innere Mobilmachung

untersuchen.

Anschließend wollen wir mit euch die Kriterien für einen radikalen antiimperialistischen Widerstand gegen diese Krieg diskutieren.

Infocafe - Freiheit für alle politischen Gefangenen

Cafe Kassiber

X-B-Liebig Liebigstr. 34 10247 Berlin



Ernie und Bert gegen rassistische Plakate:



Solidarität mit den auf Schwarzhandel angewiesenen ZigarettenverkäuferInnen!
Gleiche Rechte und Verdienstmöglichkeiten für alle!

V.i.S.d.P.: PETER WEST, RUDOLF-VIRCHOW-STR. 7, 12627 BERLIN